

Volkswacht

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Insertionsgebühr die sechs gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sprechstunden der Redaktion an allen Wochentagen 12-1 Uhr mittags.

Die Volkswacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg., vierteljährlich 1,20 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Redaktion und Expedition:
Paradiesgasse Nr. 32

Telephon für Redaktion und Expedition 2537

Nr. 8.

Danzig, den 25. Januar 1913.

4. Jahrgang.

Wer schafft das Gold zu Tage?

Ueber keine Behauptung des Sozialismus sind unsere Gegner so erregt wie über die, daß die kapitalistische Kultur aufgebaut ist auf dem Elend der Arbeiter. Staat und Gesellschaft leben von der Arbeiterklasse, aber sie sind nicht im Stande, ihr auch nur einen ausreichenden Lohn zu zahlen. Denn sobald sie das tun wollten, würde es mit den Ueberschüssen, mit dem Profit vorbei sein; es bliebe für die Existenz einer vom Profit lebenden Klasse nicht genug übrig, die Grundlagen der heutigen Gesellschaftsordnung würden ins Wanken geraten. Wer diese Gesellschaftsordnung erhalten will, muß folglich die Entlohnung der Arbeiter dauernd niedrig halten, und „Staatsverwaltung“ bedeutet nichts anderes als die Festhaltung der Arbeiter in dauerndem Elend. Das behauptet der Sozialismus und das, wie gesagt, bestreiten auf das Entschiedenste seine Gegner. So hat jüngst der würtembergische Minister von Fleischhauer im Namen seiner Regierung die Erklärung abgegeben: „Soweit die Sozialdemokratie nichts anderes erstrebt, als auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung die Forderungen der Arbeiter zu vertreten und ihren Wünschen, so weit möglich, zur Erfüllung zu verhelfen,“ werde sie bei ihm entgegenkommen finden. Der gute Mann begreift nicht, daß nach unserer Uebersetzung „auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung“ vielleicht eine gewisse Besserstellung der Arbeiter, aber nicht die Beseitigung des sozialen Elends möglich ist, so daß uns über einer Erfüllung der Wünsche „so weit möglich“ nicht gebietet ist.

So sehr nur die Vertreter der Besitzenden jene sozialdemokratische Behauptung mit Worten bestreiten und gar noch als gewissenhafte Berhebung denunziieren, so sehr bestätigen sie durch ihr tatsächliches Verhalten. Ein sprechendes Beispiel liefert soeben die preussische Regierung. Wie man weiß, hat der preussische Etat für 1913 eine glänzende Finanzlage enthüllt, die in der Hauptsache auf den gewaltigen Ueberschüssen der geschäftlichen Unternehmungen beruht, die der preussische Staat betreibt. Eisenbahnen, Forsten, Domänen, Bergwerke liefern zusammen weit mehr als die Hälfte der preussischen Staatseinnahmen, und für die direkten Steuern, die zum größten Teil von den Besitzenden gezahlt werden, bleibt nur die knappe Hälfte übrig. Ja, die Ueberschüsse der Eisenbahnen haben es sogar gestattet, einen riesigen Reservefonds anzulegen, der in nur drei Jahren auf fast 400 Millionen Mark angewachsen ist. Es versteht sich von selbst, daß solche Ueberschüsse nur bei allgemein günstiger Wirtschaftslage möglich sind. Nur wenn überall die Geschäftslage gut gehen, haben die Eisenbahnen reichliche Frachten, starken Passagierverkehr usw. Die hohen Ueberschüsse sind also ein Zeichen allgemein günstiger Konjunktur, die übrigens nach dem Urteil aller Sachkenner bis auf weiteres andauern wird, wie denn auch der preussische Finanzminister in seiner Rede die wirtschaftlichen Aussichten für das Jahr 1913 als recht günstig bezeichnet hat.

Wenn dem so ist, dann sollte man meinen, daß der preussische Staat die Arbeiter und Beamten seiner Geschäftsbetriebe reichlich entlohne. Denn wenn er das in einer Zeit günstiger Konjunktur und gewaltiger Ueberschüsse nicht tut, wann sollte er es sonst tun? Wenn es überhaupt wahr ist, daß „auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung“ die Proletarier gut leben können, dann müßte das vor allen Dingen zutreffen für die Arbeiter und Angestellten eines Riesenunternehmens in guter Konjunktur, was hohe Ueberschüsse abwirft. Zumal wenn es ein Staatsbetrieb ist, bei dem ja schließlich der Profit nicht in erster Reihe maßgebend sein soll. Wir können also hier eine ausgezeichnete Probe auf das Exempel machen.

Da muß es nun auffallen, daß die preussische Eisenbahnerverwaltung für ihre Beamten und Arbeiter besondere Unterhaltungsleistungen unterhält. Wozu sind denn die nötig? Wer für seine Arbeit ausreichend bezahlt wird, sollte doch keine Unterhaltungen mehr brauchen. Aber da happens eben. Der konterobatte Herr von Pappenheim hat im Abgeordnetenhaus am 30. Januar 1912 folgende „Böhlertätigkeitsanstalten“ aufs dringlichste empfohlen mit der Begründung:

„Gerade die Sicherstellung der Notfälle und besondere Umstände für die geringsten Arbeiter das wichtigste und notwendigste. Bei denen, die auf ihren täglichen Verdienst angewiesen sind, kann unter Umständen eine vorübergehende Notlage entstehen, für die wir sorgen müssen, weil sie selber mit Rücksicht auf ihren geringen Lohn nicht in der Lage sein werden, sich solche Reserven zu verschaffen, wie es erforderlich wäre.“

Et, et! Demnach ist der Lohn dieser „geringsten Arbeiter“ so niedrig, daß sie sich keine Notreserven zurücklegen können. Ein Unternehmen, das an Zinsen und Ueberschüssen mehr als 800 Millionen Mark jährlich abwirft, ein Unternehmen, aus dem der preussische Staat für seine Bedürfnisse in diesem Jahre 325 Millionen Mark zieht, gibt seinen Arbeitern nicht so viel, wie sie zum Leben brauchen. Denn ein Notgroßes für außergewöhnliche Zufälle gehört mit zu den Bedürfnissen des Lebens. Und in der Tat, am 3. Dezember 1912 machte der preussische Eisenbahnminister ein besonderes Rühmen davon, daß in seinem Bezirk die Löhne in 6 Jahren, von 1906 bis 1912 gestiegen seien für die Werkstattnarbeiter von 1214 auf 1445 M. für die Betriebs- u. Bahnunterhaltungsarb. von 962 auf 1167 M.

Sicherlich werden sich Schmacks finden, die diese Löhne als ausreichend bezeichnen. Aber darüber streiten wir nicht. Wir sehen als selbstverständlich voraus, daß bei heutiger Preisen der Lebensbedürfnisse solche Einkommen entfernt nicht für das Notwendigste reichen, ganz zu schweigen von der Zurücklegung eines Notgroßes. Und nur die Frage interessiert uns, weshalb denn die Eisenbahnerverwaltung „auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung“ diese jämmerlichen Löhne nicht durchgreifend aufbessert. Das wäre doch zweifellos die beste Widerlegung und zugleich Bekämpfung der Sozialdemokratie: man gebe von den 800 Millionen Mark Ueberschuss jedem Eisenbahnarbeiter und Beamten einen so reichlichen Lohn, daß er bequem und ge-

mächlich leben kann — dann hat man bewiesen, daß die Sozialdemokratie Unrecht hat, und zugleich diese Leute endgültig von der Sozialdemokratie ferngehalten.

Aber der preussische Staat tut das nicht. Warum nicht? Hören wir, was die „staatsverhaltenden“ Autoritäten darüber sagen. In seiner schon erwähnten Rede vom 30. Januar 1912 führte Herr von Pappenheim das weitere aus:

„Die Verhältnisse müßten so gestaltet werden, daß ein vorübergehender Notstand in den Wohlthätigkeitsanstalten seine Deckung findet. Das ist ganz etwas anderes, als wenn man den berechtigten Bedürfnissen ganz allgemein durch höhere Löhne folgt; damit würden solche Notstände niemals aus der Welt geschafft sein. Denn sie nehmen sehr oft einen Charakter an, der sehr weit über das hinausgeht, was wir in normalen Zeiten dem Arbeiter bieten können.“

Was ist das nun anderes als das bare und blanke Eingeständnis, daß der kapitalistische Betrieb, trotz 800 Millionen Mark Ueberschüssen, seinen Arbeitern „in normalen Zeiten“ nicht so viel bieten kann, wie sie „sehr oft“ brauchen? — Und warum kann er das nicht? Am 13. Januar 1913 sagte der Finanzminister Dr. Voss:

„Wenn man jedem Unterbeamten eine Teuerungszulage von 100 Mark gewähren wollte, so wäre hierzu ein Betrag von etwa 17 Millionen Mark erforderlich. Mit den Unterbeamten wäre es aber nicht getan, denn neben ihnen sind auch zahlreiche mittlere Beamten in ähnlicher Lage. Infolge dessen würde der Betrag von 17 Millionen kaum reichen, und es wäre sofort ein sehr viel größerer Betrag für Gehaltserhöhungen zur Verfügung zu stellen. Ich habe in meiner Rede erklärt, hierfür wären die Mittel noch nicht vorhanden, und ich muß das auch hier ausdrücklich wiederholen.“

Also, trotz glänzender Finanzlage ist für ausreichende Gehälter kein Geld vorhanden. Der Finanzminister hat Recht. Das Rechenexempel ist in der Tat einfach genug. Denn mit einer Zulage von 100 Mark ist es ja doch entfernt nicht getan. Nach den oben angeführten Zahlen wären mindestens 500 bis 600 Mark nötig, um das Einkommen jedes Einzelnen auf eine einigermaßen genügende Höhe zu bringen. Und mit den mittleren und unteren Beamten ist es auch nicht getan, es kommt das Heer der Arbeiter hinzu. Wie groß das gesamte Personal der preussischen Eisenbahnen ist, können wir im Augenblick nicht feststellen, aber in die Hunderttausende geht es. Zählten doch 1911 allein die Arbeiterpensionskassen gegen 350 000 Mitglieder. Rechnen wir dazu etwa 150 000 Unterbeamte, so haben wir ohne mittlere Beamte schon eine halbe Million. Soll von denen jeder 500 Mark Zulage erhalten, so würde dies das runde Summchen von 250 Millionen erfordern, das heißt so ziemlich die ganze Summe, die jetzt in die preussische Staatskasse fließt, würde drausgehen. Wober die überwiegende Mehrzahl jedoch immer noch unter 2000 Mark Einkommen hätte, so daß sich sehr wohl darüber streiten ließe, ob dies als ausreichend angesehen werden kann.

Also es bleibt schon dabei, „auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung“ ist noch nicht einmal eine ausreichende Entlohnung der Proletarier möglich, ganz abgesehen von den vielen sonstigen Leiden, die dem Proletariat aus der kapitalistischen Wirtschaft erwachsen.

Zu den Balkanwirren.

Die Note der Mächte.

Die von den Botschaftern in Konstantinopel übergebene Note hat folgenden Wortlaut:

Die unterzeichneten Botschafter von Oesterreich-Ungarn, England, Frankreich, Rußland, Deutschland und Italien sind von ihren Regierungen beauftragt worden, S. E. dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten S. M. des Sultans die folgende Mitteilung zu machen:

In dem Wunsche, der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten vorzubeugen, glauben die genannten Mächte die Aufmerksamkeit der osmanischen Regierung auf die schwere Verantwortung lenken zu sollen, die sie auf sich nehmen würde, wenn sie entgegen den Ratschlägen der Mächte, die Wiederherstellung des Friedens verhindern würde. Sie würde es nur sich selbst zuzuschreiben haben, wenn die Fortsetzung des Krieges zur Folge haben würde, das Schicksal der Hauptstadt in Frage zu stellen und vielleicht die Feindseligkeiten auf die asiatischen Provinzen des Reichs auszudehnen. In diesem Falle wird sie nicht auf den Erfolg der Bemühungen der Mächte rechnen können, sie vor den Gefahren zu bewahren, denen sie auszusetzen sie ihr bereits widerstanden haben und auch weiter ebraten. Wie die Dinge liegen, wird die osmanische Regierung nach dem Friedensschluß des maritimen und materiellen Bestandes der europäischen Großmächte bedürfen, um die Schäden des Krieges gut zu machen, ihre Stellung in Konstantinopel zu festigen und die weiten asiatischen Gebiete in guten Stand zu setzen, deren Gedeihen ihre wirksamste Stärke bilden wird. Um dieses notwendige Werk zu unternehmen und durchzuführen, würde die Regierung S. M. des Sultans auf die Wirksamkeit der wohlwollenden Unterstützung der Mächte nur dann rechnen können, wenn sie ihren Ratschlägen folgen wird, die von den allgemeinen Interessen Europas und denen der Türkei eingegeben sind. Unter diesen Umständen glauben die europäischen Großmächte, gemeinsam mit der osmanischen Regierung erneut den Rat geben zu sollen, der Abtretung der Stadt Adrianopel an die Balkanverbündeten zuzustimmen und den Großmächten die Sorge zu überlassen, über das Schicksal der Inseln des Ägäischen Meeres zu befinden. Gegenüber diesen Zugeständnissen würden die genannten Mächte es sich angelegen sein lassen, den Schutz der mohammedanischen Interessen in Adrianopel und die Achtung vor den in dieser Stadt befindlichen Moscheen, religiösen Gebäuden und Grundstücken zu sichern. Ebenso würden sie dahin wirken, daß bei der Lösung der Frage der Inseln des Archipels jede Drohung für die Sicherheit der Türkei ausgeschlossen ist.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hebt dazu hervor: Aus dem Wortlaut der Note ergibt sich, daß sie nicht auf Ausübung eines Zwanges gerichtet ist. Wahrgenommen, durch die ein Heraustreten der Mächte aus ihrer Neutralität eingeleitet werden könnte, sind nicht angekündigt. Insbesondere enthält die Note keinen Hinweis auf eine Demonstration der Großmächte in türkischen Gewässern.

Ueber die Haltung der Porte kommen einander widersprechende Nachrichten: So behauptet ein Konstantinopeler Privattelegramm der Scherl-Presse, die Antwort der Türken werde wie folgt lauten:

Vom ethnographischen Standpunkte aus sind die Bulgaren im Vilajet Adrianopel in Minderheit, nicht nur zu den Mohannimedanern, sondern auch zu den übrigen Christen. Adrianopel hat sich bisher gehalten und wird sich weiter halten. Seine Aufgabe würde das Kalifat schwer schädigen, weil sich dort die heiligen Gräber befinden. Ferner ist es der Schlüssel zur Hauptstadt. Seine Aufgabe gefährdet die Existenz des ganzen Reiches. Aus diesen Gründen kann Adrianopel nicht abgetreten werden. Die Porte bittet die Großmächte, einen ähnlichen Schritt, wie bei ihr, bei den Balkanstaaten zu unternehmen, um, ohne die Existenz des Reiches zu gefährden, eine Basis für eine Verständigung zu finden, da die Porte eine Einigung ehrlich wünscht. Sie ist selbst zu neuen Opfern bereit, um zu diesem Ziele zu gelangen. Bezüglich der Inseln können diejenigen an der asiatischen Küste keinesfalls abgetreten werden, dagegen ist man bereit, über die andern zu verhandeln. Eine ähnliche Meldung bringt der Konstantinopeler Idan. Auch eine Sofioter Nachricht der Kölnischen Zeitung rechnet mit dem Wiederbeginn des Krieges:

Köln. Die Kölnische Zeitung meldet aus Sofia: Die Aussichten, den Wiederausbruch des Krieges zu verhindern, sind gering. Die Note, die der Ministerrat abgefaßt hat und der Porte übergeben wird, ist in Wirklichkeit ein Ultimatum, da sie eine bestimmthaltene Antwort für Sonnabend fordert. Gemäß den Waffenstillstandsverhandlungen von Tschawtscha würden dann die Operationen vor allem bei Adrianopel pünktlich wiederaufgenommen werden.

Ueber die Lage in Konstantinopel informieren die folgende Nachricht:

Konstantinopel. Die türkische Regierung, die eine günstigere Aufnahme der Kollektionsnote der Mächte von Seiten der Öffentlichkeit erwartet zu haben scheint, als es der Fall ist, wird unter dem Eindruck der hier herrschenden Stimmung in der Armee und der Bevölkerung nur sehr schwer einen friedlichen Ausweg finden können. Hier fand ein Ministerrat statt, an dem der Generalpolizei-Inspektor und der Stadtkommandant von Konstantinopel teilnahmen und in dem alle Sicherheitsmaßregeln getroffen wurden. Von der Polizei sind mehrere Agitatoren, die die Bevölkerung aufgereizt haben und mehrere Personen, die im Verdacht stehen, ein Attentat gegen das Gebäude der Porte geplant zu haben, verhaftet worden. Unter ihnen befinden sich Redakteure des vor einigen Tagen suspendierten Blattes Tesfir-i-Ettar.

In Widerspruch zu allen diesen Meldungen steht die folgende des Wiener k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureau:

Konstantinopel. Nach sicheren Informationen soll jetzt der gesamte Ministerrat sich für den Frieden ausgesprochen haben. Nur einige Minister stimmten für den Krieg, blieben aber in der Minderheit. Man glaubt, daß die Antwort der Porte, ohne eine kategorische Ablehnung zu enthalten, Anlaß zu einem schriftlichen Verkehr mit den Mächten bieten werde.

Politische Übersicht.

Der politische Wechsel in Frankreich.

Am 1. Dezember 1887, während der Wahl des Präsidenten Carnot, erlebte Frankreich wohl die größte Erregung, die es aus Anlaß einer Präsidentenwahl erleben konnte. Besonders die Sozialisten und aufrichtigen Demokraten waren erregt wegen der Gefahr der Wahl eines entragierten Kolonialpolitikers und Sozialistengegners: Jules Ferry. Ich erinnere mich, daß ich damals — seither sind 25 Jahre verfloßen — den Besuch des Herrn Medelson hatte, der damals an der Spitze der politischen sozialistischen Partei stand und gegenwärtig im Lager unserer schlimmsten Gegner sich befindet. Dieser Herr kam zu mir mit dem Vorschlag — mir auf eine Barrikade, die schon in Vorbereitung war, zu steigen, um im Falle der Wahl Ferrys den Straßenkampf zu beginnen. Jules Ferry wurde geschlagen. Carnot zu seinem Unglück gewählt sei viel bekanntlich als Opfer eines Auentats.

Dann kamen Präsidenten verschiedener Gesinnungen, darunter der reaktionäre Kasimir Perrier (1895), den ein sozialistischer Feindzug aus dem Sattel warf. Keiner von ihnen, außer Ferry Faure und Loubet, spielte eine bedeutende Rolle. Sogar die zwei letzten verdanken ihre Berühmtheit nicht ihrer Person, sondern den politischen Umständen. Ferry Faure wurde als Werkzeug der Nationalisten und Dreyfusgegner, Loubet dagegen als Objekt ihres blinden Hasses gewählt.

Es gilt als allgemeine Regel: je unbedeutender die Persönlichkeit des Präsidenten, desto besser für die Republik und die Demokratie. Die traurige Erfahrung Frankreichs mit bonapartistischen Staatsstreichen nährt bei den aufrichtigen Demokraten — deren Zahl sehr spärlich ist — das Mißtrauen gegen die Präsidentschaft überhaupt. Die monarchistische Tradition sucht aber im Präsidium den Rest ihrer vergangenen Herrlichkeit zu retten. Auch vor der verfloßenen Präsidentenwahl standen gegeneinander die zwei Auffassungen. Um dem monarchistischen Dünkel entgegenzuwirken, verlangte Pelletan, „der letzte Demokrat“, die Wahl einer Mittelmäßigkeit, einer unbedeutenden Persönlichkeit, die wenigstens nicht besonders schaden könnte. Die Reaktionen und die gemäßigten Republikaner dagegen verlangten eine starke Faust. Die ersteren haben in Vams die gewünschte politische Null emdeut, die letzteren scharten sich um das Genie der Mittelmäßigkeit, um Herrn Poincaré, der im Reiche der Zwergge als Riese gilt.

Arbeiter referieren sollte. 500 Personen waren anwesend. Die Arbeiter waren ausdrücklich für die liberalen Parteifreunde referiert, von denen aber nur — 20 erschienen waren. In der Hauptsache sollte unter den Staatsarbeitern zur Landtagswahl für den Freisinn geworben werden. Mit einem hier an ihm nicht getannenen Radikalismus forderte Weinhausen, daß die Arbeiter der staatlichen Betriebe nicht als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt werden dürfen. Das Koalitionsrecht dürfe ihnen nicht verkürzt werden. Die Staatsbetriebe müßten in wirkliche Musterbetriebe werden. Innerhalb der Betriebe und Organisationen sollten die Staatsarbeiter allerdings keine Politik treiben, außerhalb derselben müßten sie aber auch ihre politischen Rechte geltend machen. Dann warnte der Günstling des Reichsverbandes vor der Sozialdemokratie. Sie werde wohl in den Parlamenten zugunsten der Staatsarbeiter, aber durch ihre ständige Verneinungspolitik könne sie für dieselben nichts erzielen. Sie habe es trotz ihrer größeren Vertreterzahl nicht verhindern können, daß der Militäretat glatt angenommen wurde. Bei Wahlen komme es ihr hauptsächlich nur auf die Stimmenzahl an. Anders die Fortschrittliche Volkspartei. Redner schloß mit dem Wunsche, daß die Staatsarbeiter bei der Landtagswahl ihre Schulpflicht tun und sich außerdem gewerkschaftlich und politisch organisieren möchten.

Als erster Diskussionsredner erhielt Reichstagsabgeordneter Genosse Büchner das Wort, dem nur eine Redezeit von zwanzig Minuten bewilligt wurde. In temperamentvoller Weise ging er auf die Ausführungen des Referenten ein. Derselbe habe lang und breit über das Koalitionsrecht gesprochen. Jeder Staatsarbeiter wisse aber, daß das Koalitionsrecht für ihn nur auf dem Papier stehe. In dem bekannten Anschlag heiße es: „Jede Agitation in Wort, Tat und Schrift werde mit Entlassung bestraft.“ Das unternehme man gegen den Militärsarbeiterverband, der auf nationalem Boden stehe. Der Verband habe diese Heße dem früheren Abgeordneten Pauli zu verdanken, der ihn offen demunziert habe. Es herrsche ein Antreiberystem in den Militärwerkstätten, und wenn ein Arbeiter infolge dieses Systems einen Unfall erleide, werde er oben drein noch bestraft. Hiergegen müsse aufs schärfste protestiert werden. Als feinerzeit wegen Arbeitsmangels auf den königlichen Instituten Arbeiter entlassen wurden, seien zugleich auf einem Anschlag, die Arbeiter aufgefordert worden, nach Betrieben, in denen gestreikt würde, als Streikbrecher zu gehen. Auf eingelegte Beschwerde des Metallarbeiterverbandes sei erst nach 19 Tagen die Antwort gegeben worden, daß man nichts davon wisse. In den Betrieben werde das Schmarotzertum großgezogen, heiße es doch in der Arbeitsordnung: „Personen, welche sozialdemokratische Gesinnung betätigen, werden entlassen.“ Eine schwere Anklage liege in dem amtlichen Jahresbericht der Gewerbeaufsichtsbeamten, worin es heißt, daß die Lebensverhältnisse der Arbeiter ungünstig beeinflusst werden durch die herrschende Teuerung. Nachdem Genosse Büchner unter wiederholter Zustimmung noch eine Reihe weiterer Mißstände kritisiert hatte, betonte er zum Schluß: Gerade die sozialdemokratische Partei habe bei jeder Gelegenheit schärfsten Protest gegen die Unterdrückung der Staatsarbeiter eingelegt und Mißstände kritisiert und dadurch auch die Freisinnigen vorwärts getrieben. Sie verlange, daß die Staatsarbeiter freies Organisationsrecht haben und ihre politische Gesinnung frei betätigen können. Der Borredner habe gesagt, trotz der 110 Sozialdemokraten sei die Militärvorlage angenommen worden. Demgegenüber müsse betont werden, daß die Partei des Herrn Weinhausen ja samt und ionders dafür gestimmt habe.

Der Vorwurf Weinhausens, daß die Sozialdemokratie trotz ihrer 110 Abgeordneten die Annahme der Militärvorlage nicht verhindern konnte, muß das Entzücken jedes Arbeiters hervorgerufen, der da weiß, daß im Reichstage 398 Abgeordnete sitzen. Außer der Sozialdemokratie schwärmen sie alle für die Politik der gepanzerten Faust und am allermeisten sogar Weinhausen und seine Freunde. Und nun kommt ausgerechnet dieser Herr mit einem so unsäglich intelligenten Vorwurf.

Sehr schön ist auch der energische Mannesmut, mit dem der frühere Pastor forderte, daß die Staatsbetriebe wirkliche Musterbetriebe werden sollen. Es wäre nur noch viel netter gewesen, wenn er diese Forderung an seine freisinnigen Parteifreunde richten wollte, welche die Danziger Kommunalbetriebe beherrschen. Trotz unserer Aufforderung hat er sich aber nicht gegen die Zuchtordnung gewandt, durch welche die städtischen Arbeiter in die gelbe Verflorung gezwungen werden sollen. Er hat sich auch sehr gehütet, in seiner Spanbauer Rede auf diese präziseste freisinnige Arbeiterfreundschaft hinzuweisen.

Im so sicherer hoffen wir, daß er das am Sonntag im Bürgergarten nachholt.

Der Magistrat über die Unternehmertätigkeit in den Ortskrankenkassen.

Die Ortskrankenkassen waren in Danzig in einer Weise zerstückelt, wie kaum in einer zweiten Stadt. Zurzeit bestehen noch vierzehn Kassen dieser Art. Die Nachteile, die damit für die Versicherten verbunden sind, dürfen wir an dieser Stelle nicht näher ausführen. Die Zusammenfassung der Kassen und damit der Ausbau der Krankenversicherung ist eine dringende Notwendigkeit im Interesse der Versicherten. Die Möglichkeit dazu wird, allerdings nur in sehr beschränktem Maße, durch die Reichsversicherungsordnung geboten. Danach hat der Magistrat die Möglichkeit, eine Ortskasse zu einer allgemeinen zu machen und andere Kassen als besondere beibehalten zu lassen. Er kann aber auch, ohne Rücksicht auf die bestehenden Kassen, eine allgemeine neu errichten.

Den Antrag, zur allgemeinen Kasse ausgedehnt zu werden, hat nun die Ortskrankenkasse vereinigte Fabrik- und Gewerbebetriebe, die etwa 8000 Mitglieder zählt, gestellt. Der Magistrat hat diesen Antrag aber abgelehnt und zwar aus einem besonderen Grunde. Er wirt der Kassenleitung vor, daß sie wiederholt Krankenhausbehandlung selbst dann verweigert habe, wenn sie ärztlich als dringend notwendig bezeichnet wurde.

Dieses unsoziale Verhalten der Kasse, das die Kranken schwer benachteiligt, haben wir bereits eingehend kritisiert. Bemerkenswert ist nur, daß sich jetzt der Magistrat unsern Urteil anschließt, der bisher der Protektor dieser Kasse war. Ihre Leitung befindet sich nämlich in der Hand des Fabrikanten Wilsy Paul, der zugleich der Vizepräsident der Kasse ist. Unter den Generalversammlungsvertretern befindet sich kein einziger organisierter Arbeiter. Dafür hat, infolge der Gleichgültigkeit der Mitglieder, die Geschäftsführerin Käthe Rohde von den Reichlichen Nachrichten geleitet. Sie kommandierte bei den Vertreterwahlen die Austrägerinnen des gesinnungslosen Blattes und mit Hilfe eines in einer Großstadt ungläublichen Terrorismus wurden dann auch ihre Kandidaten „gewählt“. Ihre Eignung für dieses Amt betätigten diese „Vertreter“ meist dadurch, daß sie überhaupt nicht in der Generalversammlung erschienen. Herr Paul und seine Bundesgenossen wurden aber zum Dank für ihre ordnungstämpferische Mühe vom Reichskanzler zu der Konferenz nach Berlin geladen, die sich mit der Vorbereitung der Reichsversicherungsordnung beschäftigte. Und über diese Leute und ihre Methode muß der Magistrat nun ein so vernichtendes Urteil fällen!

Der Magistrat empfiehlt den Stadtverordneten die Gründung einer neuen allgemeinen Ortskrankenkasse. Dabei ist er aber im Irrtum, wenn er zur Begründung sagt, daß bei der Neugründung die Mehrzahl der anderen Kassen wegen Gefährdung der neuen

geschlossen werden würden. Das ist nicht richtig. Ein solch willkürlich auszuführendes Recht hat die Reichsversicherungsordnung niemandem gegeben. Sie sagt in Paragraphen 242 ausdrücklich, daß die allgemeine Kasse nur dann als gefährdet gelten solle, wenn ihr weniger als 20 Mitglieder verbleiben. Hat sie diese Zahl erreicht, so ist die Schließung anderer Ortschaften aus diesem Grunde nicht möglich. Das Gesetz will in dieser Hinsicht die freie Entscheidung der Kassenmitglieder nicht ausschalten. Und das halten wir für sehr gut. Gerade das Kronkassenterritorium des Danziger Magistrats, wie erinnern nur an seine Territorialisierung der Schindlerklasse, zwingt zur äußersten Vorsicht. Nur dann, wenn die übrigen Kassen sich davon überzeugen haben, daß die neue Kasse die Rechte der Mitglieder wirklich sichert, sollen sie sich für den Anschluß entscheiden.

Arbeiter-Kontrolle bei Schichau.

In größeren Betrieben besteht eine Arbeitsordnung, welche für Zuspätkommen der Arbeiter eine bestimmte Strafe festsetzt. Die Strafen werden bei der Lohnung vom Lohn oder Verdienst in Abzug gebracht. Nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung muß für Strafgebel eine besondere Liste oder Buch geführt werden, aus der ersichtlich ist: der Name des Bestraften, der Tag, die Ursache und Höhe der Bestrafung. Die Strafgebel müssen wiederum in Form von Unterstützungen oder Zuwendungen an die Arbeiter erfolgen. In der Regel fließen die Strafgebel als Einnahme in die Betriebskrankenkasse. In Großbetrieben ist diese Einnahmequelle für die Betriebskrankenkasse teilweise recht erheblich. Bei der Firma Schichau muß man wohl in letzter Zeit das eventuelle Sinken der Strafgebel über bemerkt haben. Im Interesse des Betriebes liegt es, wenn für Zuspätkommen keine Strafen verhängt werden brauchen. Aber auf der anderen Seite entsteht eine Vermögensminderung für diejenige Kasse, in welche die Strafgebel fließen. Bis heute weiß von den Arbeitern niemand, welche Kasse die Strafgebel erhält. Einen gedruckten oder veröffentlichten Jahresrechnungsabluß erhalten weder die Vorstandsmittelglieder noch die Generalversammlungsvertreter. Mithin kann ebensogut angenommen werden, daß die Strafgebel in einem Fonds untertauchen, aus dem alle Jubeljahre mal ein Arbeiter eine kleine Kostlagen-Unterstützung erhält. Eine Kontrolle über die Strafgebel, sowie dessen Verwendung sollte man den Arbeitern einräumen, im wohlverstandenen Interesse. Um diesem Strafgebelfonds auf die Beine zu helfen, greift die Firma zu recht sonderbaren Mitteln. Wie uns mitgeteilt wird, sollen zwei Lohnschreiber als „Kontrollreue“ beschäftigt sein, welche darauf zu achten haben, daß Arbeiter auf der Werkstätte oder in den Werkstätten nicht „müßig“ herumstehen. Werden derartige „Sünder“ getroffen, sind sie zur Bestrafung zu melden. Die Befugnisse der Herren „Kontrollreue“ gehen sogar noch weiter. Außer dem Arbeitsplatz auf der Werkstätte und Werkstätte, gibt es noch einen „stillen Ort“, wo der Mensch keinen Vertreter hindenden kann. Auch der unterliegt der „Kontrolle“, damit niemand über die vorgeschriebene Zeit dort verbleibt. Leider ist in der Arbeitsordnung noch durch Anschlag bekannt gemacht, welche Zeit hierfür seitens der Firma gestattet ist. Es unterliegt also der Berechnung der Herren Kontrollreue, welche täglich ihre Nase dort hineinstecken müssen. Eine wenig angenehme Arbeit für sie. Aber nach dem amerikanischen System wird jede Sekunde Arbeitszeitverlust für den Kapitalisten gewertet. Mögen die Arbeiter aller Berufs die notwendige Konsequenz ziehen und den Wert ihrer Arbeitskraft dementsprechend einschätzen. Eine Zeitvorschrift für die Berichtigung menschlicher Bedürfnisse, das ist wohl das Höchste, was man bisher von den Unternehmern verlangen kann. Solche unwürdigen Zustände können ja auch nur auf den Mistbeeten des Großunternehmertums gedeihen.

Der Hof der Stadträte

haben sich die Stadtverordneten endlich auch erbarmt. In geheimer Sitzung haben sie am 21. Januar deren erbärmliche Hungerlöhne wenigstens einigermaßen den teuren Zeiten angepaßt. Der Oberbürgermeister wurde allein von dieser humanen Notstandsaktion ausgenommen. Sein Gehalt wurde gleich beim Amtsantritt von 18 000 auf 21 000 Mark erhöht. Die anderen bediensteten Magistratsmitglieder haben aber seit 1900 keine Aufbesserung erhalten. Im Jahre 1907 wurden ihre Gehälter nur dadurch erhöht, das die Steigerungen günstiger gestellt wurden. Sonst mußten diese geplagten Herrschaften aber tränenden Auges zusehen, wie bei ihnen Schmalhans Küchenmeister war, während die niederen Beamten bereits 1906, 1907 und 1910 Gehaltsaufbesserungen erhielten. Diese Enthüllungen haben wir keineswegs einem Witzblatt entnommen. Sie steht im Ernst in der Begründung der Magistratsvorlage, durch welche die Gehaltserhöhung gefordert wurde.

Unter so stichhaltigen Gründen durfte es natürlich nicht erst zu einem in seinen Folgen unabsehbaren Streit der Stadträte kommen. Die Stadtverordneten bewilligten flott, was verlangt wurde. Hat doch auch Danzig die erbärmlichsten Magistratslöhne unter den 34 deutschen Großstädten mit mehr als 150 000 Einwohner. Dieser Grund, den dieselben Stadtverordneten, wenn er für die Arbeiter geltend gemacht wird, höhnisch vertachen, schlug durch.

Der Bürgermeister Dr. Bail, der bisher ein von 8000 bis 12 000 Mark steigendes Gehalt erhielt, bezieht jetzt 9000—13 000 Mark. Die Stadträte bezogen 5100—10 000 Mark und werden nun erhalten 6000—10 000 Mark. Der Stadtschulrat Dr. Damas erhält noch eine besondere Zulage als Kreischulinspektor. Bei der Beurteilung dieser Gehaltsbeträge muß man berücksichtigen, daß die niedrigeren Sätze praktisch gar nicht in Frage kommen, weil den Inhabern der Ämter anderwärts geleistete Dienstjahre angerechnet werden oder die Aufrückung im Dienstalter aus anderen Gründen beschlossen wird. Die Gesamtsumme beträgt 11 100 Mark. Die bürgerliche Presse sieht darin deshalb keine Ausgabenerhöhung, weil zurzeit eine Stadtratsstelle und die Plätze zweier Hilfsarbeiter mit zusammen 14 250 Mark nicht besetzt sind. Wir nehmen auch von diesem Rechenexempel mit der gebührenden Hochachtung Notiz. Ein bitteres Gefühl steigt uns aber doch, wenn wir daran denken, mit welchen Bettelsummen die Herrn, denen ein Tagelohn von 30 Mark zu niedrig ist, die erstenklassigen gemachten Laternenanzünder abzuspeisen wagen. Und das auch erst dann, als der Tod unser Drängen unterstützte und sie an ihre Pflicht gemahnt hatte. Die Herren vom Magistrat gehören aber zu der bestgehenden Klasse, die auf dem Rathause durch den Dreikassenterror des Geldfads regiert.

Das Westpreussische Volksblatt schreibt: „Freiherr v. Binder-Kriegelstein, der Kriegsberichterstatter der Danziger Neuesten Nachrichten“. So beginnt eine Lokalnotiz in der gestrigen Nummer des hiesigen Generalanzeigers, und auch in früheren Nummern wurden ähnliche Wendungen gebraucht. Und den Kriegsberichten des Freiherrn v. Binder-Kriegelstein setzten die Danziger Neuesten Nachrichten stets voran „von unserm an die Front entsandten Kriegsberichterstatter“. Wir stellen fest, daß es eine Freijührung der Leser ist, wenn man so tut, als ob Binder-Kriegelstein nur „Kriegsberichterstatter“ einer Zeitung ist und eigens von einem Blatt „an die Front entsandt“ wäre. Beim Tripoliskrieg war Freiherr von Binder-Kriegelstein z. B. auch „Kriegsberichterstatter des Westpreussischen Volksblattes“; wir haben aber niemals auch nur den

entsandt“ wäre oder als ob er nur für uns allein die Berichte anfertigte. Wir hätten uns übermäßiger Reklamegedäch, ja Unethiklichkeit vorwerfen müssen, wenn wir es gemacht hätten, wie jene Zeitungen, die immer stets mit ihren „guten Verbindungen“ prahlen und schließlich doch aus derselben Quelle schöpfen wie andere Leute auch. Herr von Binder-Kriegelstein hat bei allen Gelegenheiten, auch beim Balkankrieg, für alle Zeitungen geschrieben, die auf seine Berichte abonniert waren. Auch uns hatte er seine Berichte vom Balkankrieg angeboten, wir haben das Angebot jedoch nicht angenommen. Unsere Leser werden aus diesen kurzen Darlegungen ersehen, daß farblose und sogenannte unparteiische Zeitungen große Reklame machen mit „Sonderberichterstatter“, „Spezialkorrespondenten“, „Spezialtelegrammen“ usw., daß jedoch oft es nichts anderes ist als das, was anständige Zeitungen auch haben, die es ihren Lesern aber nicht als etwas Außergewöhnliches vorlegen.

Der katholische Pfarrer als Ohrfeigenpender.

Am 3. November vorigen Jahres kam es auf dem Bahnhof in Bamberg zu einer heftigen Prügelei zwischen dem Pfarrer Heinrich Hamann von der Oberen Pfarrkirche in Bamberg und dem Goldschmied Ludwig Wagner. Zwischen beiden herrscht bittere Feindschaft, die schon wiederholt zu scharfen öffentlichen Auseinandersetzungen führte. Wagner, der von seiner Frau geschieden ist, erblickt in dem Geistlichen den Zerstörer seines Eheglücks und hat ihm schon öfters Ehrebruch vorgeworfen. Dabei stützte er sich auf die Tatsache, daß Hamann mit Frau Wagner seit längerer Zeit einen sehr freundschaftlichen Verkehr unterhält, und seine Feindschaft verstärkte sich noch mehr, als nach erfolgter Ehescheidung die Frau ein Geschäft mit kirchlichen Arbeiten als Konkurrenz gegenüber dem ihres Mannes gründete und der Benefiziat wieder häufig bei ihr verkehrte. Als nun Wagner den Geistlichen auf dem Bahnhofs traf, stellte er ihn und machte ihm wiederum Vorwürfe, auf die der streitbare Diener Gottes mit zwei gewaltigen Ohrfeigen antwortete. Wagner verprügelte alsdann den Geistlichen, der sich noch eine Weile mit ihm abraufte, tüchtig mit dem Regenhirn. Die Folge war, daß er sich nun wegen Beleidigung und Körperverletzung zu verantworten hatte. Er berief sich auf Notwehr; er habe gewünscht, daß der Geistliche einen geladenen Revolver bei sich trage, und wollte ihn, nachdem er selbst die Täglichkeiten eröffnet, kampfunfähig machen. Das Gericht tagierte die Körperverletzung auf 20 Mark und die Beleidigung (Schulde und Hofker!) auf 5 Mark. In dem Urteil wird u. a. als strafmildernd angeführt, daß das Verhalten des Benefiziaten ebenfalls nicht einwandfrei gewesen. Der Bahnhof sei nicht der Ort, wo ein Geistlicher keinen körperlichen Mut zeigen könne.

Der zweite Bezirk des Sozialdemokratischen Vereins.

Der Bericht über die Versammlung dieses Bezirks, den wir in unserer letzten Nummer veröffentlichten, enthält leider einige Fehler.

Die Versammlung bei Selonke, jetzt Wilhelm-Theater, vom 29. Juni 1872 wurde von unseren Genossen Derowski und Sambowsky veranlaßt. Derowski ist jetzt 78 Jahre alt und war in der Bezirksversammlung anwesend. Ob Sambowsky noch lebt, ist nicht bekannt, aber wenig wahrscheinlich.

Genossenschaftsbewegung.

Meinungsverschiedenheiten unter den Rabattmarkenfreunden. Die Bäckereimeister Groß-Berlins haben einen besonderen Rabattparverein gegründet, weil sie aus bestimmten Ursachen fürchten, von den Kaufleuten übers Ohr gehauen zu werden. Dies Vorgehen wird von den Brotfabrikanten getadelt, deren Organ meint, daß, wenn der Rabatt nur branchenweise organisiert werde, die Aufspeicherung des Fonds zu lange dauere und der Konsum das Interesse verliere. Darum sei es grundsätzlich falsch, den Rabatt nur für das Bäckergewerbe zu organisieren. — Den Konsumenten kann es ziemlich gleichgültig sein, ob das Rabattparverein zentral oder branchenweise organisiert wird. Sie haben so und so keinen Vorteil davon. Je mehr sie ihre eigenen Geschäfte, die Konsumvereine, ausbauen, desto mehr fließen ihnen aus allen Gebieten der Bedarfsdeckung die Vorteile zu, die sie heute bei der Entnahme von Rabattmarken scheinbar sich, in Wirklichkeit aber den Händlern zuschanzen.

Aus der niederländischen Genossenschaftsbewegung. Dem Genossenschaftsbunde gehören jetzt 147 Genossenschaften mit 82 066 Mitgliedern an. Der letzte Genossenschaftstag beschloß, daß die Großenkaufabteilung künftig einen Körper mit eigener Rechtspersönlichkeit bilden, aber nicht vom Bunde getrennt werden soll. Der Vorstand des Bundes wurde beauftragt, einen Plan zur Errichtung einer Genossenschaftsbank auszuarbeiten.

Schön u. billig

Auch der Arbeiter soll schöne Stiefel tragen, billig können sie trotzdem sein!

Feste derbe Ledersorten

für Männer und Frauen

Mk. 4.75, 5.25, 6.75, 7.50, 8.50, 9.25, 10.50

Kinderstiefel

der Jahreszeit angepaßt, in großer Auswahl.

Schaftstiefel

in allen Größen, von Mk. 8.25 an, empfiehlt

Stiefelkönig

G. m. b. H.

Breitgasse
Nr. 120.



ELBING.

ELBING.

Der sensationelle billige Verkauf des von mir erworbenen Paul Schönseeschen Warenlagers in Firma **Berliner Moden-Centrale** neben Centralhotel beginnt Sonnabend, den 25. Januar, früh 9 Uhr.

Sonnabend, Sonntag und Montag

Damen- und Kinderhüte Normal-Wäsche Pelzkragen und Damen-Paletots zum Verkauf.

Es kommen Riesenposten

Seidener eleganter moderner Damen-Blusen - Stickerei-Kleider - Aparte Kostüme - Seidene Damen-Mäntel - Chice Damen-Paletots - Garnierte und ungaranierte Damen-Hüte - Straussfedern - Pleureusen - Moderne Straussfedern-Platten - Garnier-Samt- und Seiden-Stoffe - Bänder - Hochaparte Spitzen - Spitzenstoffe und Besätze. Moderne Damen-Handtaschen - Pompadours - Theaterhauben - Strümpfe Normal-Wäsche - Herren-Kragen - Ober-Hemden - Krawatten.

Tägliche Verkaufszeit:

8 bis 1 1/2 Uhr vormittags 3 bis 8 Uhr nachmittags.

Von 1 1/2 bis 3 Uhr bleibt das Geschäft geschlossen.

Sonntags ist das Geschäft wie üblich geöffnet.



Um diesen Verkauf möglichst rationell durchführen zu können, haben wir uns entschlossen, abteilungsweise zu verkaufen und bitten wir Sie, für die Folge auf unsere Inserate an dieser Stelle zu achten, weil an bestimmten Tagen nur bestimmte Artikel verkauft werden. Samtliche Waren kommen zu Schlusspreisen ohne Rücksicht auf den bisherigen Selbstkostenpreis zum Verkauf.

Max Baruth.

Stadt-Theater.

Sonnabend, den 25. Januar, nachmittags 3 Uhr.

Der Wunschpeter u. das Glücksglasmännlein.

Sonnabend, den 25. Januar, abends 7 Uhr.

Die keusche Susanne.

Sonntag, den 26. Januar, nachmittags 3 Uhr.

Der Wunschpeter und das Glücksglasmännlein.

Sonntag, den 26. Januar, abends 7 Uhr.

Deutscher Bauarbeiterverband Zweigverein Danzig.

Dienstag, den 24. Januar, abends 6 Uhr im Saale des Herrn Steppuhn, Säbgergarten, Schilding.

General-Versammlung.

Sonntag, den 26. Januar 1913, nachmittags 2 Uhr im Saale „Rauersbergers“, Schüsselbaum 28.

General-Versammlung.

Sonntag, den 26. Januar 1913, nachmittags 2 Uhr im Saale „Rauersbergers“, Schüsselbaum 28.

General-Versammlung.

Sonntag, den 26. Januar 1913, nachmittags 2 Uhr im Saale „Rauersbergers“, Schüsselbaum 28.

General-Versammlung.

Sonntag, den 26. Januar 1913, nachmittags 2 Uhr im Saale „Rauersbergers“, Schüsselbaum 28.

General-Versammlung.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.

Dienstag, den 28. Januar, abends 8 Uhr, im großen Saale des Herrn Benjter, Schüsselbaum 28.

Frauen-Mitglieder-Versammlung.

- Tagesordnung: 1. „Die Frau im Kampf ums Dasein.“ Referent: Parteilehrer Julius Gehl. 2. Berichte für die Wahl einer Seifigerin im Parteivorstand. 3. Verschiedenes.

Freitag, den 31. Januar 1913, abends pünktlich 8 Uhr, im Saale des Herrn Steppuhn in Schilding.

General-Versammlung.

- Tagesordnung: 1. Rechnungslegung für das 4. Quartal. 2. Wahl einer Seifigerin. 3. Bericht vom ereignisreichen Parteitag. Referent: Genosse Bartel. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Die Parteileitung. J. R.: Eugen Sellin.

„Zum fidelelen Bauer“ Ohrn-Niederfeld.

Am Sonntag, den 26. Januar 1913, feiert der Verein Freundeskreis.

Familien-Kränzchen.

Anfang nachmittags 4 Uhr.

Arthur Dahlmann, Danzig-Langfuhr.

Mehl- u. Fourage-Handlung.

Lager sämtlicher Hülsenfrüchte, Grampen, Grützen, fetter sämtlicher Fettwaren, Marmeladen und Honig. Kartoffel Meizen-Verkauf Kartoffeln.

Apfelsinen Zitronen

sehr süß, per Dutzend 42 Pfg. Stück 5 Pfg.

Hans Angridt, Langfuhr-Neuschottland 14a, Danzig, Fernsprecher 1461.

Uhren mit 3jähriger schriftl. Garantie. Silberne Herrenuhren von Mk. 7,50. Silberne Damenuhren von Mk. 7,50. Goldene Damenuhren von Mk. 14,50. Wecker von Mk. 1,75. Reparaturpreise: Eine Uhr reinigen Mk. 1, eine Feder Mk. 1, ein Glas 15 Pf., Zeiger 10 Pf., Kapsel 20 Pf. S. Lewy Nilgr. Uhrmacher, nur Breitengasse 28.

Ulster! Paletots! Anzüge! Joppen! Stoffhosen! jetzt 25% Rabatt. Anzüge nach Mass von 36 Mk. an. Czerninski & Co., Breitengasse 121/122, Ecke Junkerzasse.

Oskar Schützmann, Besähten und Likörfabrik, Tischlergasse No 67. Feine Liköre, Rum, Kognak.

Verantwortlich für die Anzeigen: Dr. Hermann Lohmeyer, Danzig, Langfuhr-Neuschottland 14a. Druck von Carl Hergemöller, Danzig.

Reichstagsabgeordneter Büchner aus Berlin

spricht Sonntag, den 26. Januar, nachm. 3 Uhr im Bürgergarten zu Schidlig.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 21. Januar.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Rühle (Soz.) über die **Sozialbeschäftigung von Kindern im Haushalt** wie in der Landwirtschaft antwortet der Direktor im Reichsamt des Innern Dr. Casper: Die Verhandlungen über diese Frage seien noch nicht abgeschlossen, da die Erhebungen noch nicht von allen Bundesstaaten eingegangen seien.

Hierauf wird die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern fortgesetzt. Es liegt zunächst eine Resolution der Kommission vor, den Reichsminister zu ersuchen, unverzüglich Maßnahmen zu treffen um der künstlichen Verteuerung des Kaffees entgegenzutreten. Der Abgeordnete Raden (Ztr.): Die Preise des Kaffees, unseres Volksgetranks, sind künstlich in die Höhe getrieben. Leider fehlt uns ein Gesetz um dieser wucherischen Manipulation entgegenzutreten zu können. Der Kaffeebau sollte auch in unsern Kolonien gefördert werden. Abgeordneter Mollenbush (Soz.): Ich bin aus der Rede des Vorredners nicht klar geworden, ob das Zentrum den neuen Direktor bewilligen will oder nicht. Ich bedaure, d. h. er seine Rede nicht 1909 gehalten hat. Damals wären die schönsten Reden vom Kaffee als Volksgetränk sehr angebracht gewesen. Damals gab es eine Gruppe, die den Preis des Kaffees, der im Hamburger Hafen 80 Pfennig pro Kilo betrug, für alle deutschen Märkte innerhalb der Zollgrenzen auf 1,40 Mark pro Kilo heraufbringen wollten, also auf den Preis, den jetzt Herr Raden als wucherisch bezeichnet, und damals haben sich die Herren vom Zentrum selbst daran beteiligt. Wir wissen, daß alle diese Erfindungen wie Kartelle, Ringe, Trusts nur notwendige Folgen der kapitalistischen Entwicklung sind und das ernsthaft gegen sie erst etwas geschehen wird, wenn die gesamte kapitalistische Produktion beseitigt wird. Die Resolution wird angenommen.

Beim Titel **Förderung der Seefischerei** liegt ein Antrag Fischbeck-Baßermann vor, den Fonds von 500 000 auf 600 000 Mark zu erhöhen. Abgeordneter Bähndorff (Konf.) schildert die volkswirtschaftliche Bedeutung der Seefischerei und begründet den Antrag. Abgeordneter Freuh (Ztr.) spricht in demselben Sinne. Abgeordneter Roske (Soz.): Konservativ und Zentrumsleute legen sich jetzt dafür ins Zeug, dem Volke billige Nahrungsmittel zuzuführen, versperren aber überall die Grenzen, wie jetzt gegen Fleisch aus den Kolonien. Herr Hahn ist noch bis in die letzte Zeit für Erhöhung der Fischzölle eingetreten. Große Massen des Volkes sind auf den Hering als einzige Fleischnahrung angewiesen. Daher ist es geradezu ungeheuerlich, daß man sich nicht einschließen kann, den Heringzoll zu beseitigen. Abgeordneter Dr. Strume (Sp.): Der Fischereibevölkerung wird von allen Seiten Sympathie entgegengebracht, daher hoffe ich, daß sie unserer Resolution zustimmen. Abgeordneter Dr. v. Richthofen (Nat.): Angesichts der Fleischsteuerung gewinnt die Ernährung mit Seefischen erhöhte Bedeutung, doch muß auch besser für den Transport der Seefische gesorgt werden. Abgeordneter Körten (Soz.) kritisiert scharf die harten Bestrafungen der Fischer bei Abfang zu kleiner Fische. Bei der dritten Bestrafung wird den Fischern die Erlaubnis zum Fischfang entzogen. Dadurch wird der Raubfischfang gefördert. Es sollte gegen die armen Fischer eine mildere Praxis geübt werden. Der Antrag Fischbeck-Baßermann wird angenommen.

Bei Titel **Unterstützung deutscher Seemannsheimen im Ausland**, beantwortet Abgeordneter Meyer (Nat.) eine Erhöhung dieses Fonds. Abgeordneter Sivkovich (Sp.): Die Seemannsfürsorge in fremden Hafenstädten muß der freien Liebestätigkeit überlassen bleiben und darf nicht verstaatlicht werden. Abgeordneter Henke (Soz.): Die Seemannsheimen sind nicht neutral geleitet, sie sind mit der Zeit zu Hilfsmitteln des Reederkapitals zur Bekämpfung der Arbeiter geworden. Das Reederkapital steht der Organisation der Seeleute besonders feindlich gegenüber. Die Arbeiter können nur mit dem größten Mißtrauen den Seemannsheimen gegenüberstehen. Geheimrat v. Jonquieres: Auch die Reichsverwal-

tung schätzt den Wert der Seemannsheimen. Die freie Liebestätigkeit ist gar nicht denkbar ohne die Verbindung mit der Kirche. Die großen Reedereien fördern die Seemannsheimen aus idealen Beweggründen. Nachdem die Abgeordneten Erzberger (Ztr.) und Meyer (Nat.) gegen Abgeordneten Henke polemisiert, erklärt letzterer: Ich bestreite, daß die Reeder aus idealen Beweggründen die Seemannsheimen unterstützen, es ist dies nur der Unternehmerrationalismus, der aus den Taschen anderer gibt. Mit solchen Fäulnissen soll man uns verschonen. Herr Meyer gegenüber bemerkte ich, daß, wenn er wirklich ein so warmes Herz für die Seeleute hat, so soll er den im „Seemann“ widerlegten Wunschzettel der Seeleute unterstützen, dann wird er uns auf seiner Seite finden. Titel und Resolution werden bewilligt.

Zum Titel **Maßregeln gegen die Reblaus**, beantragten die Sozialdemokraten eine Resolution, die eine Kommission aus Weinbau- und Reblausfachverständigen verlangt, die die Beschwerden der Winzer entgegenzunehmen hat und geeignete Gesetzesvorschläge machen soll. Eine andere Resolution, eingebracht von den Nationalliberalen, die fast dasselbe befragt, aber nur die Ausführungsbestimmungen geändert wissen will, wird von Abgeordneten Pasche vertreten. Für die Resolution der Sozialdemokraten sprechen die Abgeordneten Weill und Dr. David. Weiter beteiligten sich an der Debatte die Abgeordneten Baumann (Ztr.), Hede (Nat.) und Geheimrat Jonquieres.

Die nationalliberale Resolution wird angenommen, die der Sozialdemokraten abgelehnt. Hierauf vertagt sich das Haus.

Sitzung vom 22. Januar.

Es werden zunächst verschiedene Abstimmungen über Resolutionen vorgenommen, die beim vorjährigen Etat zurückgestellt waren. Darunter befinden sich mehrere, die von den Sozialdemokraten beantragt sind. Angenommen wird dabei eine Resolution, die das **Koalitionsrecht der Landarbeiter** fordert. Dagegen wird die **Aufhebung der Befehdsordnungen** sowie die **Einführung des achtstündigen Arbeitstages für Handels-, Industrie- und Verkehrsarbeiter** abgelehnt. Es wird dann in der 2. Beratung des Etats fortgefahren, die zunächst zu einer Aussprache über die bürgerliche und proletarische Jugendbewegung führt. Abg. Schulz (Soz.) weist nach, daß die Zentralstelle für Volkswohlfahrt neben manchen einwandfreien Beiträgen den Kampf gegen die Sozialdemokratie führe. So unterstütze sie einseitig die bürgerlichen Jugendvereine. Ungehört sei es, wie der Staat gegen die proletarische Jugendbewegung vorgehe. Die Abgg. Schönau-Carolath (Nat.) und Pieper (Zentr.) halten alle Bestrebungen der Zentralstelle für Volkswohlfahrt höchst unparteiisch. Die Abgg. Bruchhoff (Sp.) und Dr. Bell (Zentr.) betonen, daß alle bürgerlichen Parteien im Kampfe gegen die proletarische Jugendbewegung zusammenstehen müßten. Die Abgg. Davidsohn und Schulz (Soz.) verweisen die Gegner darauf, daß auch die Sozialdemokraten zum Staate gehören und auch Steuern zahlen müssen. Das Geld wird aber verwandt zur Verhegung der Kinder gegen ihre Eltern. Der Zufuß wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt. Zum Titel **Belastung des Reichs aus den auf Grund der Reichsversicherungsordnung zu gewährenden Leistungen**, bemerkt Abg. Rolkenbouch (Soz.), daß die Statistiker des Reichsamts des Innern sich arg verhalten haben, als sie die Höhe der Ausgaben für die Witwen und Waisen bestimmten. Die Summen sind viel zu hoch. Bei dieser Gelegenheit geben verschiedene Redner auf die **Schmähchrift des Professors Bernhard** die Arbeiterversicherung ein. Auch der Staatssekretär stimmt in das abfällige Urteil über diese Schrift ein. Bei der der Sitzung vorhergehenden Abstimmung über die betreffenden Resolutionen wurde der Antrag der Konservativen gegen das **Streikpostenstehen** mit 282 gegen 52 Stimmen abgelehnt. Fünf Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 21. Januar.

Nach Verabschiedung des Moorshuhgesetzes wurde in die zweite Lesung des Etats eingetreten. Beim Etat der Lotterieverwaltung machte Abgeordneter Hahn (Konf.) seinem gedrängten Herzen Luft, daß die Verwaltung gegen den Kollektor und national. Reichstagsabgeordneten Hede nicht eingeschritten sei, obwohl seit Jahren bekannt ist, daß sich derselbe nicht einwandfrei benommen habe. Die Debatte spitzte sich zu einem Wortgefecht zwischen dem Dr. Hahn und Dr. Friedberg zu, in das auch der Abgeordnete Hoffmann (Soz.) eingriff und das Unwesen des Lotteriespiels scharf geißelte. Dem Abgeordneten Hahn gegenüber meinte er, daß es demselben wohl weniger um die Sache zu tun sei, als um den Kampf gegen einen politischen Gegner. Der Vertreter der Regierung erklärte, daß die Sache im Falle Hede untersucht werden solle. Der Etat der **Generalordenskommission** gab dem Abgeordneten Liebknecht Gelegenheit, in sarkastischer Weise den sich über die preußischen Staatsbürger in immer stärkerer Form ergießenden Vorwürfen zu grollen. Beim Etat des **Disziplinarhofes** nahm sich Liebknecht der Beamten an, indem er die Neuorganisation des gesamten Beamtenrechts, vor allem aber einen besseren Schutz für die Beamten forderte. Bei dem Titel, **Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten** machte der Abgeordnete Rath (Nat.) einen Vorstoß zur Scharfmacherung der Regierung. Nachdem er erst die Friedensliebe des deutschen Volkes gepriesen, legte er dann der Regierung nahe, die wirtschaftlichen Auslandsinteressen nachdrücklicher wahrzunehmen. Sei schließlich der Krieg unvermeidlich, so werde das Volk für seine wirtschaftliche Existenz auch energisch die Waffen führen. Der Abgeordnete Liebknecht fuhr den national-liberalen Scharfmacher kräftig in die Parade. Es wies die an die Adresse der Regierung gerichteten Heereien namens der Volksmassen zurück und kennzeichnete die wirtschaftlichen Interessen, für die sich Herr Rath ins Zeug gelegt, als die **Privatinteressen gewisser Kapital- und Bankgruppen**, als die Interessen des in seiner Profitjagd doch so internationalen **Kanonkapitals**. Das Volk wolle den Frieden und fordere die Regierung auf, eine Politik des Friedens einzuhalten. Die Kriegshege interessierte Kapitalistenkreise, aber sei um so frivoler und provozierender, als sie zusammenschloß mit dem Scharfmachergeheul nach Volkstretung und Volkstnebelungsgeheul. Die Antwort der entlarbten Hurrapatrioten war äußerst matt. Auch kam ihnen keinerlei Hilfe von anderer Seite. Dagegen trat der Abgeordnete Dr. Pachnicke (Sp.) mit Bezug auf die Friedenspolitik an die Seite Liebknechts und hielt die Gesandtschaft beim Vatikan, sowie die inneren deutschen Gesandtschaften für überflüssig. Hierauf wurde die Sitzung vertagt.

Sitzung vom 22. Januar.

Die Generaldebatte zum Etat des Ministeriums der landwirtschaftlichen Verwaltung lieferte aufs neue den Beweis dafür, wie sehr die Mehrheit des Abgeordnetenhauses, nicht genug damit, daß sie dem Volke seine Rechte und Freiheiten vorzuziehen sucht, auch in der Ausplünderung der Proletarier ihr einziges Lebensziel erblickt. In holder Eintracht finden sich Konservativ, Freikonservativ, Nationalliberale, Zentrum und Regierung zusammen, um die augenblicklichen Erleichterungen der Fleischsteuer, so unbedeutend sie auch sind, wieder rückgängig zu machen, und der Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer versicherte hoch und heilig, daß er seinen agrarischen Freunden diesen kleinen Liebesdienst erweisen werde. Das Volk muß sich allmählich, wie der Minister meinte, an die hohen Preise gewöhnen. Hoffentlich zieht er aus seinen Worten auch die Konsequenz und sorgt nicht nur als Ressortminister, sondern vor allem als Staatsminister dafür, daß den Arbeitern bei ihrem Streben auf Eringung höherer Löhne zum Ausgleich der Teuerung keine Schwierigkeiten bereitet werden.

Ernte.

Sozialer Roman aus Amerika von E. Dewitt.

(Nachdruck verboten.)

Endlich ließ er sich doch herab, das Wort zu ergreifen. „Das Angebot wird heute verhältnismäßig gering sein,“ wandte er sich an einen der Käufer in halblauter Stimme, doch immer noch deutlich genug, um von den Nächstehenden verstanden zu werden. Marshall und Field, bei denen ich auf den Busch geklopft habe, heißen an ihrem Weizen fest, wie der leibhaftige Satan, na, und die kleinen Kläffer kommen für uns nicht in Betracht.“

Er nickte verächtlich mit dem Kopfe in der Richtung der lachenden, schreienden, aufgeregten Menge, die sich an verschiedenen Stellen des Saales vor den schwarzen Brettern versammelt hatte, auf denen in Riesenzahlen die magische Ziffer „153“ verzeichnet stand.

„Verkaufe fünftausend Büschel Weizen zu hundertundfünfzig,“ ertlang plötzlich laut eine Stimme hinter den beiden. Jetzt wandten sie sich nach dem Sprecher um.

„O, es ist nur der verrückte Dodson,“ bemerkte geringschüssig Lawson. „Gut für uns,“ fügte er gleich darauf hinzu, als er sah, wie sich die Käufer um den Makler drängten.

„Verkaufe zehntausend Büschel Weizen zu hundertdreißig,“ übertrönte eine aus einer andern Richtung kommende Stenorsstimme den Lärm. „Der Teufel hole den Kerl,“ entfuhr es Lawson. „Das ist ja Stower. Ist auch der verrückt geworden?“

„Verkaufe zehntausend Büschel Weizen zu hundertzweiundfünfzig drei Viertel.“

Wie ein Wallstrom brauste die Menge um Stower.

„Verkaufe zehntausend Mai zu hundertdreißig,“ ließ sich Dodson aufs neue vernehmen, dessen erster Abschluß soeben perfekt geworden war.

„Zwanzigttausend Büschel — wach ich oder träum ich,“ philosophierte Lawson, dessen Gesicht sich zu röten begann. „Und zehntausend schon zu hundertzweiundfünfzig drei Viertel weg-

gegangen. Ein Preissturz von fünfzweizwanzig Punkten. So darf das nicht weiter fortgehen.“

Im nächsten Augenblicke führte er eine leise Unterhaltung mit einem seiner Vertrauten. „Kaufen Sie — schnell! Alles, was angeboten wird!“

Die zwanzigttausend Büschel hatten ihre Abnehmer gefunden und schon ertlang Dodsons Stimme aufs neue.

„Verkaufe fünfzehntausend Mai zu — Verkaufe fünfzehntausend Mai zu —“ Der Kurs war jetzt um volle fünfzig Punkte gestunken.

Ron Gower kam schmetternd die nächste Angriffsanfrage. „Verkaufe fünfzweizwanzigttausend Mai zu hundertzweiundfünfzig.“ Ein Kurssturz von hundert Punkten! — Auf Lawsons Lippen traten die Schweißtropfen.

Der Lärm und die Verwirrung stiegen jetzt auf das höchste. Erhaben über ihren Armen und Ellbogen Gebrauch machend, drängten sich Käufer durch die Menge, viele Personen zu Fall bringend, deren Mund sich Verwünschungen und Klagen entrannte. Zehntausende und Strahlhüte flogen in die Luft, um im nächsten Augenblicke von den Füßen der sich wie eine Herde Damone gebärdenden Börsianer zertrümmert zu werden.

Mit einem grimmen Lächeln auf den Lippen schaute Winston Howard an der Seite Dodsons dem tollen Treiben zu. Fünfzehntausend Büschel waren verkauft worden und der Preis war um zweihundert, d. h. zwei Cent zurückgegangen.

Schnell flüchtete er Jones seine Weisung zu. „Bieten Sie jetzt fünfzigtausend zu hunderttausendfünfzig an. Sie werden den Preis nicht bekommen, aber das schadet nichts. Nehmen Sie, was man Ihnen bietet. Bitte, zu Argumenten habe ich keine Zeit.“

Winston behielt Recht. Jones fünfzigtausend Büschel gingen unter Johlen und Schreien zu fünfzig Punkten unter dem angebotenen Preise weg. Und nun begannen die schweren Geschosse ihr Feuer. Fast gleichzeitig boten Baker und Miller je fünfzigtausend Büschel an. Aus der Unterhaltung seiner Umgebung schlugen abgebrochene Sätze an Winstons Ohr. „Der Preissturz läßt sich nicht

mehr aufhalten. Swift und Lenjer laden ihre Vorräte ab und wir werden gut tun, uns zu salzieren, Lord! ... Drei Cent niedriger in fünfzehn Minuten — schnell, such deinen Makler auf und gib ihm Auftrag, zu verkaufen — ja, ich verkaufe, Kaufpreis war fünfundsiebzig — fünfzweizwanzig Punkte mehr — können wir nicht machen, dafür fällt der Preis zu schnell — ich werde noch alles verlieren!“

Die Entscheidungsschlacht hatte begonnen. Das schwere Geschütz der fünf Makler Winstons erfuhr Verstärkung und die zehn Millionen Büschel Weizen, die im Beizge der kleineren „Bullen“ wurden nun ins Treissen geführt. Heberall boten Makler, wild mit den Händen gestikulierend, Weizen in Posten von eintausend bis zwanzigttausend Büschel an, während Winstons Agenten nur noch in Posten von fünfzigtausend verkauften.

Der Kurs war in einer halben Stunde um zehn Cent gestunken und die weiche Bewegung hielt noch immer an. Auf alle Angebote gingen mit Gier die Makler der Swift-Lenjer-Clique ein.

„So darfs nicht weitergehen“, murmelte Lawson und wuschte sich den Schweiß von der Stirn. Er schrieb schnell einige Zeilen, steckte sie in ein Kuvert und wählte einen Telegraphenboten zu sich heran. „Schnell, mein Junge, trage dies zu Mr. Lenjer im Schillergebäude. Selbstverständlich zu Joseph Lenjer, du Idiot.“

Zwanzig Minuten später erschien Lenjer selbst und wurde von der Menge mit stürmischen Hochrufen begrüßt. Hier war der Mann, der dem Sinken des Preises Einhalt gebieten, der die verlorenere Position wiedergewinnen konnte. Für den Napoleon des Weizens mußte das eine Kleinigkeit sein.

Lenjer nahm seinen Platz an Lawsons Seite ein und erteilte schnell seine Instruktionen.

„Ich weiß nicht, wer hinter dem Spiel steckt!“ sagte er. „Auf je — all ein hirnverbrannter Narr. Daß auch die Kleinen den Kurs vertieren und verkaufen, kann nicht wundernehmen. Wo ein Leibbammel vorgeht, folgen bekanntlich die Schafe nach. Ein großer „Bär“ drückt die Preise nach unten. Wo sind die Verkäufer?“

(Fortsetzung folgt.)

Einen erfreulichen Lichtblick in der Debatte bedeutete die zehnjährige Rede unseres Genossen Veinert, der mit herzerfreuender Deutlichkeit den Sozialdemokraten ihre Sünden vorstellte, die Wirtschaft der Großgrundbesitzer geißelte und als einziger aus dem Hause sich der Landproletariat annahm.
Am Donnerstag wird die Beratung fortgesetzt.

Danzig.

Schwarz Verleugerei.

Unsere Mitteilungen in der letzten Nummer über die Differenzen des zentralistischen Agitators Schümmer mit seinen geistlichen Oberen sind dem zentralistischen Westpreussischen Volksblatt stark auf die Nerven gefallen. Der fürchterliche Künere und kürzt sich deshalb mit einer bei diesem göttlichen Blatt auffälligen Schmeichelei unter der Kognatmarke selbst auf uns, um zu beweisen, daß der schwarze Strümpf niemals zum Wipblatt reichen wird. Humoristisch soll das Geschwätz wohl sein, das der Schwarze unter wohlthätiger Verleugung des Inhalts unserer Zeitung verbreitet. Der künere Krüger über unsere Kenntnis der Dinge verliert sich unter der humoristisch kein kollektiven Dandlers aber gar zu leicht.

Schließlich erschien wir, daß Schümmer während seiner Abwesenheit einfach auf Urlaub war, und um diese hübscheste Lohndase zu erreichen, mühten sich zentralistische Vertrauensmänner erst an die beste Volkswacht wenden. Sie werden sich nicht schlecht darüber wundern, wie schnell die Volkswacht gewissen Dingen weitgehend den Mund zu öffnen verweigert. Noch mehr werden sie sich über die „Anmerkungen“ leicht oder auch gar nicht freuen können.

Übrigens erinnert das Schicksal Schümmers sehr an das eines Reichsvereinsleiters, der vor einiger Zeit nach Danzig kam und unter den Arbeitern einen großen Anklang fand. Den zentralistischen war auch er zu demokratisch und so wurde der Beschäftigte, bestrafen mit dem höchsten Lob des schwarzen Blattes in den Rufus geföhrt. Weitere bezeichnende Anträge, wie er blieb und weshalb er gegangen wurde, hat das schwarze Inquisitionen Blatt bis heute noch nicht beantwortet.

Der brave Künere und auch von der Seite aber noch durch fleckige Betrachtungen über die Entstehung unseres Artikels über die beste Situation hinweg zu beiden Wägen, was er darüber unter dem Anschein der Unwissenheit im Hause schwätzt, ist nicht gerade zu hören. Es ist genau so wahr, wie die schon erwähnte gewöhnliche Behauptung, daß die Dörfliche Künere mit 100 Mark zufrieden ist, wenn er noch nicht geschick hat.

Freigeisler.

Weder Bergedorf noch der Freigeisler Abtretung des Fichtelberges an die Landes wurden die Genossen Paul Berner und Julius Bock durch strafrechtlichen Gehalt zu je 30 Mark Geldstrafe verurteilt. Hiergegen erhoben die beiden die selben Einsprüche. Der dem Schöffengericht zu Danzig wurden sie wegen der ungenügenden Strafen freigesprochen.

Städtischer Straßenschnitt.

Von der neuen Straßenschnittung mit deren Verlauf heute bekannt sind, sind das Fundament der Straße 24 Fleming, Kollberg und Kollmann 24 Fleming, Straße und große Straße 24 Fleming, Straßenschnittung 24 Fleming. Außerdem sind noch Straßenschnittung 24 Fleming und Kollmann 24 Fleming vorhanden.

Städtische Unterhaltungen. Der Magistrat hat bei der Stadtverwaltung eine Unterhaltungsabteilung für den Unterhalt der öffentlichen Anlagen. Die Unterhaltungsabteilung wird eine Unterhaltungsabteilung mit jährlich 300 Mark für die hinterbliebene, neben unterhaltungsabteilung eines städtischen Wärters der Wasserwerke eine Unterhaltungsabteilung mit 200 Mark beantragt.

Der vor heute gebrandete schwedische Dampfer Ernst ist gestern Nachmittag gegen 5 Uhr wieder vom Lande losgekommen. Der schwedische Dampfer hat die Besatzung mit dem Dampfer und dem Dampfer mit dem Dampfer. Der Dampfer hat die Besatzung mit dem Dampfer und dem Dampfer mit dem Dampfer.

Unfall. Ein Arbeiter wurde gestern auf der Straße von einem Wagen überfahren. Der Arbeiter wurde schwer verletzt und wurde ins Krankenhaus gebracht. Der Fahrer wurde ebenfalls verletzt und wurde ins Krankenhaus gebracht.

Die neue Stadtverordnetenversammlung wird am nächsten Donnerstag in der Stadtverordnetenversammlung zusammenkommen. Die Stadtverordnetenversammlung wird am nächsten Donnerstag in der Stadtverordnetenversammlung zusammenkommen.

Aus Westpreußen.

Elbing.

Gründungsfeier.

Die Gründungsfeier der neuen Gewerkschaften in Elbing wurde am 1. Januar 1914 in der Gewerkschaftshalle abgehalten. Die Gewerkschaften waren von den Gewerkschaften der Stadt Elbing eingeladen. Die Gründungsfeier wurde von den Gewerkschaften der Stadt Elbing abgehalten.

Die Gewerkschaften der Stadt Elbing haben am 1. Januar 1914 in der Gewerkschaftshalle eine Gründungsfeier abgehalten. Die Gewerkschaften waren von den Gewerkschaften der Stadt Elbing eingeladen. Die Gründungsfeier wurde von den Gewerkschaften der Stadt Elbing abgehalten.

Die Gewerkschaften der Stadt Elbing haben am 1. Januar 1914 in der Gewerkschaftshalle eine Gründungsfeier abgehalten. Die Gewerkschaften waren von den Gewerkschaften der Stadt Elbing eingeladen. Die Gründungsfeier wurde von den Gewerkschaften der Stadt Elbing abgehalten.

Die Gewerkschaften der Stadt Elbing haben am 1. Januar 1914 in der Gewerkschaftshalle eine Gründungsfeier abgehalten. Die Gewerkschaften waren von den Gewerkschaften der Stadt Elbing eingeladen. Die Gründungsfeier wurde von den Gewerkschaften der Stadt Elbing abgehalten.

Die Gewerkschaften der Stadt Elbing haben am 1. Januar 1914 in der Gewerkschaftshalle eine Gründungsfeier abgehalten. Die Gewerkschaften waren von den Gewerkschaften der Stadt Elbing eingeladen. Die Gründungsfeier wurde von den Gewerkschaften der Stadt Elbing abgehalten.

Die Gewerkschaften der Stadt Elbing haben am 1. Januar 1914 in der Gewerkschaftshalle eine Gründungsfeier abgehalten. Die Gewerkschaften waren von den Gewerkschaften der Stadt Elbing eingeladen. Die Gründungsfeier wurde von den Gewerkschaften der Stadt Elbing abgehalten.

Die Gewerkschaften der Stadt Elbing haben am 1. Januar 1914 in der Gewerkschaftshalle eine Gründungsfeier abgehalten. Die Gewerkschaften waren von den Gewerkschaften der Stadt Elbing eingeladen. Die Gründungsfeier wurde von den Gewerkschaften der Stadt Elbing abgehalten.

Die Gewerkschaften der Stadt Elbing haben am 1. Januar 1914 in der Gewerkschaftshalle eine Gründungsfeier abgehalten. Die Gewerkschaften waren von den Gewerkschaften der Stadt Elbing eingeladen. Die Gründungsfeier wurde von den Gewerkschaften der Stadt Elbing abgehalten.

und der Wirtschaftlichen Angelegenheiten und Freiheit vorgeworfen. Es ist darum erklärlich, wenn diese Herrschaften keine Dienstboten bekommen. In der Vollversammlung der Westpreussischen Landwirtschaftskammer hat ein Redner — leider kennen wir seinen Namen nicht — mit Bezug auf die Leutenot seinen Klassen Genossen zugerufen: Man solle den landwirtschaftlichen Arbeitern bessere Löhne zahlen und bessere Wohnungsverhältnisse, und sie anständig behandeln. Der Mann muß das wissen. Den Vorfall führte in dieser Versammlung der Kammerherr v. Oldenburg Januschau. Es ist uns bisher nicht gelungen zu erfahren, was dieser dem „Leuteaufwiegler“ geantwortet, oder ob er von dem Rechte des Hauswirts Gebrauch gemacht hat. Die vorjudizielle Befehlsordnung ist noch ein erhaltener Bestandteil aus der Feudalzeit des absoluten Herrtums, und für unsere moderne Zeit eine Schmach, die das Volk endlich von sich abschütteln muß.

Massenaktion für die Volkswacht.

In der noch stillen Anzahl Volkswachtabonnenten ist es den Elbinger Genossen gelungen, wiederum 62 Abonnenten an einem Tage zu gewinnen. Ein Zeichen, wie beliebt das Arbeiterblatt in den Arbeiterschichten ist. Rüge dies den Genossen ein noch größerer Ansporn sein, immer neue Anhänger um ihre Fahne zu sammeln. Damit endlich die bürgerlichen Blätter aus den Arbeiterkreisen verschwinden.

Die Eingemeindung eines Teiles von Vogelhang, darunter das Gut und Gutshaus, und eines Teiles von Krasshofsberg zwischen Elbingerfluß und Weg bis Rothbude vom 1. April 1913 ab in den Stadtbereich Elbing hat der Bezirksausschuß in Danzig beschlossen.

Strafkammer. 42 Wehrpflichtige, die ohne Erlaubnis das Bundesstaatsgebiet verlassen und sich somit der Wehrpflicht entzogen hatten, wurden zu je 100 Mark Geldstrafe oder 32 Tagen Gefängnis verurteilt.

Danzig-Land.

Der Reichstagsabgeordnete Doerfflen hat bei der namentlichen Abstimmung über den konservativen Antrag, der ein gesetzliches Verbot des Streikpostenstreiks verlangt, diesem Antrag zugestimmt.

Herr Doerfflen ist damit für eine Verkümmern und schließlich Beseitigung des Koalitionsrechtes der Arbeiter eingetreten. In der nächsten Nummer unseres Blattes werden wir uns etwas näher mit dem Treiber des Abgeordneten für Danzig-Land beschäftigen.

Legehauerweide. Zu der hier geschehenen Mordtat an dem Wilmanns Weesbau am 1. Dezember 1912 hatte es den Anschein, daß der sich selbst erlösbare Arbeiter und Eigentümer Johann Keil, den die Polizei bei dem Mordtäter beschuldete, der Mörder sei. Keil hatte sich nach dem Mordtäter an dem Mordtäter gezeigt, indem er vor dem Hause des Ermordeten, des Wilmanns Weesbau, welches an der Schanze liegt, in auffälliger Weise gesehen worden war. Auch begegnete Keil dem Bruder des Ermordeten, dem etwas schwächlichen Glaser Julius Weesbau, der von einem Unbekannten aufgefordert war, im benachbarten Schilddamm bei Wilmanns Grundmann eine Scherbe einzulegen. Mit dieser Scherbe Keil ein Gespräch an und fragte, wem er wolle. Weesbau erzählte, ein Unbekannter habe an ihm Gelder geholt und ihm den Auftrag zu Grundmann zu kommen erzählt, er werde dies aber nicht tun, sondern sich aus der Nähe Petroleum holen. Keil redete ihm aber zu, doch zu Grundmann zu gehen und die Scherbe dort einzulegen, auch kaufte er dem eben so Müde. Weesbau ging aber nur nach Grundmann und als er wieder nach Hause kam, war die Scherbe gefahren. Einiges Geld war, wie Keil feststellte, durch den Rückwärtler in die Hände gefallen. Der Besondere habe eine Tat durch Grundmann zu verhindern, was aber durch das Eingreifen der Nachbarn verhindert wurde. Wenn Keil diesen Jahren kann es wohl niemand hier eines kleinen Verbrechens empfinden, aber daß sich die allgemeine Stimmung dahin, daß die Tat kein Verbrechen sei, haben können, ist ein Zeichen, daß es ein mit den Verhältnissen des Weesbau wohl bekannt sein muß.

Am 1. Januar 1914 fand der Gewerkschaften und ein Gewerkschaftsmitglied bei dem verstorbenen Arbeiter einen Gewerkschaftsmitglied mit roten Haaren. Keil gab an, es sei Gegenstand der Blut von einem Arbeiter, das er mit dem Hammer gelöst habe. Auch behauptete er mit aller Seelenruhe, daß es an der Tat unheimlich ist. Die Gewerkschaften, die das wichtige Merkmal des Keilens behaupten, haben von einer schuldigen Verhinderung ab, weil sie die Gewerkschaften darüber keine Aufklärung am Mordtäter und die Gewerkschaften. Die Gewerkschaften waren mit dem Mordtäter, welche die Gewerkschaften des Gewerkschaften ausstell, noch nicht fertig zu sein, und die Gewerkschaften, die sich nach seinem Tode an den Gewerkschaften beteiligt haben, einige Tage später mit dem Gewerkschaften. Die Gewerkschaften, die sich nach seinem Tode an den Gewerkschaften beteiligt haben, einige Tage später mit dem Gewerkschaften. Die Gewerkschaften, die sich nach seinem Tode an den Gewerkschaften beteiligt haben, einige Tage später mit dem Gewerkschaften.

Marienburg.

Hirtentanz.

Am 1. Januar 1914 fand der Hirtentanz in der Hirtentanzhalle abgehalten. Die Hirtentanz wurde von den Hirtentanzern der Stadt Marienburg abgehalten. Die Hirtentanz wurde von den Hirtentanzern der Stadt Marienburg abgehalten.

Hieraus ersieht man, daß es Schwindel ist, wenn man wegen Viehsteuere die Grenzen gegen die Einfuhr ausländischer Viehes sperrt. Im Auslande sind die Tierkrankheiten nicht so umfangreich wie im Inlande.

Zoppot.

Die Altpensionäre und Witwen

haben am 20. Januar eine Versammlung im Pommerischen Hof abgehalten. Der Vorsitzende, Regierungsrat Künzel, hob in seiner Ansprache hervor, daß bei stetigem Steigen der Lebensmittelpreise und der ungleichen Verteilung der Unterstützungen eine gesetzliche Regelung der Pensionsbezüge der Altpensionäre dringend notwendig sei. Es sei dies von allen Parteien des Reichstags anerkannt worden. An verschiedenen Beispielen wurden die gegenwärtigen mangelhaften Verhältnisse drastisch dargelegt. Es wurde eine Resolution angenommen, wonach der Zentralverband unter Wegfall der Einzelunterstützungen eine Erhöhung der Bezüge der Altpensionäre im Staatsdienste, auf gesetzlicher Grundlage, fordern soll. Also auch die Altpensionäre verspüren die Leuerung.

Marienwerder.

Von der Weichsel.

Bei Thorn und Culm ist Eisstand, sonst ist der Strom eisfrei. Stromübergang bei Mewe. Mit Dampfer, nur für Personen zu allen Kleinbahnzügen. Stromübergang bei Neudorf. Mit Dampfer nur für Personen vor früh 7 Uhr bis zum Beginn der Dunkelheit. Stromübergang bei Piechel. Auf der Weichselfähre Personenbeförderung mittels Boot. Auf der Rogatfähre Personenbeförderung mittels Boot.

Pr.-Stargard.

Feuer. Am letzten Sonnabend, nachts, brach in der Wielewischen Gastwirtschaft Feuer aus, welches, wie uns berichtet wurde, das ganze Gebäude bis auf die Umfassungsmauern einäscherte. Der Steiger der freiwilligen Feuerwehr Behrensbl, rettete dabei die ganze Familie des Besitzers. Er war als erster auf der Brandstelle erschienen und stieg auf einer gewöhnlichen Leiter in den ersten Stock des Gebäudes ein. Er rettete so die aus sieben Personen bestehende Familie des Wielewischen. Wäre die Hilfe etwas später gekommen, so wäre wohl ein größeres Unglück geschehen, da die ganze Familie in großer Lebensgefahr schwebte. Solche Taten vollbringen die Arbeiter, die sich in den Dienst des Gemeinwohls stellen, um dafür von untern herrschenden Klassen rechtlos gemacht zu werden. Wo bleiben denn die Söhne des wohlbestallten Bürgertums? Der größte Teil der freiwilligen Feuerwehren besteht aus Arbeitern, und diese lohnt man für ihre Hilfe, indem man sie sonst nicht sieht, und hochmütig an ihnen vorbeigeht. Zum Schützen und Arbeiten, auch zum Feuerlöschen und Menschenretten kann man die Arbeiter gut gebrauchen, aber bei Wahlen zu den staatlichen und kommunalen Vertretungen braucht man sie nicht. Das besorgen die Herren in Glacehandschuhen. Das besorgen die Junter und Pfaffen. Wo hätten denn auch die Junter einmal etwas für das Gemeinwohl getan? Die jungen Herren der Bourgeoisie können sich an dem brauen Maurer ein Beispiel nehmen.

Kleine Nachrichten aus Westpreußen.

Marienburg, 20. Januar. Bei einer Sprengung der gefrorenen Erde durch Dynamit wurde auf dem Bauplatz der Kaserne im Sandhof der Schafmeister Rich durch einen Stein so schwer im Rücken verletzt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. — Ertrunken ist in einer Bänke im Gise der Rogat der Arbeiter Laschinski aus Stadtfelde.

Marienwerder, 21. Januar. Wieder eingekerkert sind die beiden Kaufmannslehrlinge, die sich der Unterschlagung von mehr als 400 Mark schuldig gemacht hatten. Sie sind in Brandenburg, wohin sie ihre Koffer aufgegeben hatten, gestern auf telegraphisches Erfuchen festgenommen worden.

Graubenz, Erforen aufgefunden wurde auf dem Wege von Slupp nach Orh ein Hirte. Nach Unternehmung der Leiche durch einen Arzt wurde diese zur Beerdigung freigegeben.

Schwach, 19. Januar. Unter dem Rindviehbestande des Domänenpächters Randt in Gr. Blochschin ist eine Milchbrandepidemie ausgebrochen; bisher sind 14 Rinder an der Seuche eingegangen.

Bewerkschaftsbewegung.

Die Brauereiarbeiter gegen die kommunale Biersteuer.

Zu der geplanten kommunalen Biersteuer für Berlin nahm auch die Zehntel Berlin des Verbandes der Brauereiarbeiter Stellung in ihrer Generalversammlung, die im Gewerkschaftshaus tagte. Einstimmig wurde folgende vom Vorstand empfohlene Resolution angenommen:

Die heutige Versammlung der Brauereiarbeiter Groß-Berlins erhebt energisch Protest gegen die Vorlage des Berliner Magistrats, die Einführung einer Biersteuer betreffend. Die Brauereiarbeiter haben an den Folgen der Brauereierhöhung vom Jahre 1909 außerordentlich zu leiden gehabt, und deshalb wendet sich die Versammlung mit aller Entschiedenheit dagegen, daß die Berliner Stadtverwaltung durch ihr Steuerprojekt die kaum vernarbten Wunden aufs neue aufreißt. Die Lohnverhältnisse der Berliner Brauereiarbeiter bedürfen infolge der ungeheuren Verteuerung der Lebenshaltung dringend einer erheblichen Aufbesserung. Es besteht kein Zweifel, daß die Annahme der Magistratsvorlage die besten erhabenden Fortschritte der Arbeiter bei der Erneuerung des am 1. April 1914 ablaufenden Tarifvertrags erheblich beeinträchtigen würde, so daß Tausenden von Berliner Brauereiarbeitern durch die Einführung der städtischen Biersteuer ein direkter Schaden zugefügt würde.

Der aller Dingen würde das Jahrpersonal schwer benachteiligt sein, wenn die Vorlage Annahme finden sollte. Die ungeheuerlichen, mit der Deklaration verbundenen Scherereien würden bei den Übertragungen, die bei den komplizierten Verhältnissen Berlins und der Verone ganz unannehmlich sein werden, häufige Bestrafungen zur Folge haben. Noch viel mehr würde aber der durch die Deklarationsverfahren entstehende Zeitverlust ungünstig auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Jahrpersonals einwirken. Die Arbeiter sind im allgemeinen dadurch, daß ein Teil des Lohnes der Arbeiter aus Prozenten des abgesetzten Bieres besteht, schon sehr ungenügend und im allgemeinen viel zu lang. Jede Verzögerung auf der Tour oder im Brauereikontor infolge des Deklarationsprozesses bedeutet für die Bierfahrer entweder einen Verdienstentzug oder, wenn sie einen solchen vermeiden wollen, eine weitere Verlängerung der Arbeitszeit.

Die Versammlung erwartet, daß die Stadtverordneten Berlins, die sich in der Mehrheit den liberalen Parteien zuzählen, die Hand nicht dazu heben, durch Annahme der Magistratsvorlage die Verhältnisse der Brauereiarbeiter noch zu verschlechtern.

Berichtliches.

Rechtsgarantien in Deutschland.

Urteilsvollstreckung gegen einen Freigesprochenen. Von dem Düsseldorfer Schöffengericht war der Arbeiter Jakob Müller zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt worden, weil er Arbeitswille dadurch beleidigt haben sollte, daß er einen anderen Arbeiter veranlaßte, einen Zettel mit der Aufschrift: Was ist ein Streikbrecher? Der größte Lump im ganzen Land! im Betrieb des Eisenwerks Rhönig anzuleben. Müller hatte gegen das Urteil rechtzeitig Berufung eingelegt und wurde auch am Freitag von der Düsseldorfer Strafkammer freigesprochen. Das Gericht folgte den Ausführungen des Rechtsanwalts, daß man durch einen solchen, allgemein gehaltenen Zettel nicht ungenannte Personen beleidigen könne. Trotz des freisprechenden Urteils hat aber Müller die Strafe absitzen müssen! Er war nämlich inzwischen zum Militär eingezogen worden, und der Kompagniechef verfügte kurzer Hand und ohne Rücksicht auf die Berufung die Vollstreckung des Schöffengerichtsurteils! Wir sind neugierig, wie man den Arbeiter für die unglücklich erlittene Strafe schadlos halten wird. Dem übereifrigen Kompagniechef dürfte trotz der vollendeten Rechtsgarantien wegen der begangenen Freiheitsberaubung kaum etwas geschehen.

Letzte Nachrichten.

Zu den Balkanwirren.

Die Türkei hat sich unterworfen und die ihre Haltung den definitiven Frieden in die Nähe gerückt. Darüber legen uns bis jetzt folgende Nachrichten vor:

Das Ministerium für den Frieden.

Konstantinopel, 21. Januar, abends 10 Uhr. Von unterrichteter Seite wird bestätigt, daß die Regierung endgültig beschlossen hat, Frieden zu schließen. Der Sultan ist für den Friedensschluß. Die Antwortnote der Pforte wird morgen abend übergeben werden. Im Ministerium des Äußeren wird offen zugegeben, daß die Regierung zu einer bedingungslosen Übergabe Adrianopels entschlossen ist.

Der Beschluß des großen Rates.

Konstantinopel, 22. Januar, 4 Uhr 45 Minuten nachmittags. Der Portenrat hat sich für die Annahme der Note der Mächte und den Abschluß des Friedens ausgesprochen.

Wie diese Beschlüsse von der Bevölkerung und von den Armeen aufgenommen werden, ist bisher nicht bekannt. Wahrscheinlich steht zu befürchten, daß es hier und da zu Unruhen kommen wird, wo die Kriegspartei die Oberhand hat.

Aus Konstantinopel kommt die Nachricht, daß die Regierung zurückgetreten sei und die Jungtürken die Regierungsstellen nach erfolgreichen Demonstrationen gegen die Friedensabsichten der Regierung, besetzt haben. Ein Führer der Jungtürken erklärte:

„Diese Bewegung bedeutet, daß wir die Nationallehre retten oder bei dem Versuch untergehen werden. Wir wollen keine Fortsetzung des Krieges, aber wir sind entschlossen, Adrianopel zu behalten. Das ist unerlässliche Bedingung.“

Berlin, 23. Januar. An amtlicher Stelle wird bestätigt, daß die Jungtürken unter Führung Enver Bels die Hohe Pforte besetzt und das Ministerium Riamil zum Rücktritt genötigt haben. Das kann ja gut werden.

Schiffs-Nachrichten.

Neufahrwasser, 21. Januar.

Angekommen: Diana, Dreier, Amsterd., Güter. Gefegelt: Corfite, Beck, Frös, Moh, Getreide. — Flora, Ruchel, Emden und Leer, Güter. — Djea, Döfen, Königsberg, Leer. — Elsie, Boeje, Liverpool, Zucker. — Emily, Rickerl, Sager, Bristol, Zucker. — Janja, Groese, Memel, Leer.

Vom 22. Januar.

Angekommen: Herma, Krüpfeld, Hamburg, Güter. — Karlsruhe, Darmer, Rotterdam, Thomasmehl. Gefegelt: Claus, Busch, Stettin, Güter. — Iris, Hoek, Ostende, Holz.

Vom 23. Januar.

Angekommen: Viking, Tramp, Kopenhagen, Güter. Gefegelt: Castré, Armstrong, Hull via Königsberg. Nichts in Sicht.

Nie wieder

wird eine Dame eine andere als die allein echte **Steckenpferd-Lilienmilch-Seife** von Bergmann & Co., Rabenort, à Stück 50 Pf., kaufen, sobald sie sich von deren Güte überzeugt hat, denn diese Seife erzeugt ein zartes, jugendliches Gesicht und blendend schönen Teint. Ferner macht **„Cream Dada“** (Altweibchen-Cream) rote u. spröde Haut in einer Nacht weiß u. sammetweich. Tube 50 Pf.

Gedenket der hungernden Vögel!

Manufakturwaren — Herren- und Damen-Konfektion **Max Rohde** Neufahrwasser 46 Olivaerstrasse 46

Goldene 10
Danzig
Breitgasse 10 part. u. 1. Etage.
Extra billige
Hosen-Woche.

Bitte die Spezial-Dekoration im letzten Fenster in der Kohlengasse zu beachten.
Wir müssen Luft machen! Wir müssen jetzt auf jeden Fall mehr Luft im Lager machen. Was sollen wir auch heute mit all den feinen Winterjahren? Noch liegt bei uns ein großer Stoh vor weitersten Kleider. Den wollen, wenn auch mit Verlust für jeden Preis verschleudern. Spottbillig weiß' Gesicht so still wollen alles wir verkaufen. Und wer den Vorteil haben will, Der muß sich jetzt beeilen, Jetzt ist es Zeit, noch kann man sehen, Solch Kleider haufenweise, Drum kommt, bewundert

Gold'ne Zehn
Und ihre kleinen Preise.
Ein groß. Posten solid. mod. Anzüge bedeutend im Preise herabgesetzt
auf **15%**
Wäster
Baletts
Jackett-Anzüge von 12⁵⁰ an
Gehrock-Anzüge von 23⁰⁰ an
Winter-Zoppen
warm gefüttert von 5⁵⁰ an
Bürschchen-Anzüge von 6⁷⁵ an
Herrenstoffhosen von 1⁹⁵ an
Knaben-Anzüge von 2³⁵ an

Lodenpelerinen
Arbeiter-Hosen und Westen
Einzelne Jacketts
Knaben-Zoppen u. Pjacks sehr billig.
Einzelne Knaben-Hosen
Bunte und weiße Westen
Winter-Sport-Pelzjoppen
Pelzunterjacketts und Hosen
Großes Stofflager zur Anfertigung nach Maß
Reise- u. Chauffeurmäntel.
Berufsbeleidung für alle Gewerke.
Herren-Artikel.
Feste Preise. Feste Preise.

Goldene 10
Danzig.

Taschenuhren von 6 Mk. bis zu den teuersten.
Regulateure u. Freischwinger von 17,50 Mk. an mit 14täg. Geh- u. Schlagwerk
Trauringe u. Schmucksachen gegen bar und auf Teilzahlung.
Reparaturen unter Garantie gut u. billig.
H. Stupel, Uhrmacher.
Uhren- u. Musikhaus, „Komet“, Breitgasse 130/32.



Schürzen-Tage!
Blusen-Schürze 1,50 1,25 95 S. Kinder-Reform-Schürzen 1,25 1,10 95 S.
Prinzeß-Schürze 1,75 1,50 1,25 Schulschürzen 1,80 1,45 1,25
Reform-Schürze 2,25 1,65 1,25 Spielschürzen 75 50 40

Weißer Teeschürzen 95
Prinzeßform mit reicher Stickerei

Ertmann & Perlewitz
Holzmarkt 23, 25, 26. Breitgasse-Ecke.

Logis zu haben Burggrafenstraße 12, parterre links.
Kanarienhähne echt. Stamm Seifert billig zu haben. Am Stein 16. Türe 1.
Rohr-Stühle werden dauerhaft eingeflochten bei Eckhardt, Schidlich, Weinbergstraße 26, Hinterhaus.
Möbliertes Zimmer zu verm. Poagenpfehl 66, 1 Etage.
Stolle mit gut. Kundschaft u. Bierverlag umständeh. zu verk. Schüsselbamm 15, Eingang Baumgartliche Gasse, bei Hoppe.
Bonbonkocher und Laborant stellt ein J. Damm 5.
Zähne werden gut gezogen, auf Wunsch schmerzlos, auch wird der Nerv getötet von W. Schreiber, Heilgehilfe, Züchlergasse 27.
Friseur P. Wienhold, Langfuhr Brunshofer Weg 24

Billigste Bezugsquelle für Partiewaren-Gelegenheitskäufe
Inh.: J. Blumenthal
Nur Lawendelgasse 5 Am Hutbazar zum Strauß
Täglich Eingang von Waren! Enorm billige Preise!

Nur kurze Zeit!
Zirka 150 Regenschirme früher bis 12,50 // jetzt bis 3 //
Zirka 300 Paar zurückgesetzte Schuhe fr. bis 7,50 // jetzt bis 2 //
Eine große Partie Spazierstöcke früher bis 5 // jetzt bis 1 //
Gelegenheitskäufe.
Danzig, Langebrücke 5-6.

Neuschottland eine Ausgabezelle
Mit dem 1. Januar 1913 übernimmt Herr A. Dahlmann, Neuschottland 16/17
unserer Volkswacht. Auch werden dajelbst Abonnements und Inseraten-Aufträge jederzeit entgegenommen. Wir bitten, von dieser Neuverung regen Gebrauch zu machen.
Expedition der Volkswacht, Danzig, Paradiesg. 32.

Carl Sautsky: Der Weg zur Macht.
Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32.

Ausgekämmte Haare und alle Förie kauft und zahlt die höchsten Preise, auch Puppenpersüchen und Haararbeiten werden gut und billig angefertigt.
P. Jillich, Friseur, Englischer Damm 28.

Qualitäts-Zigarren
M. Schwabe
Danzig, Paradiesgasse Nr. 6-7.
Euchle meine **Reparatur-Werkstatt**. Schuhmacher Georg Krüger, Schidl, Unterstr. 3.

Kolonialwaren empfiehlt G. Ruddigkeit, Haketwerk 3 4.
Friseur F. Mertens Schüsselbamm 25, part.

Lichtspielhaus Elbing, Fleischerstraße 9
Von Sonnabend, den 25. bis Dienstag, den 28. Januar
Das Geheimnis der Bäckerstrasse
Drama.
Liebe und Recht. Drama.
Erzählung der Dramen und Hämoresken von Lotte Berner

Central-Theater
Elbings grösster u. schönster Kino
Nur Brückstrasse 15.
Wir bringen in unserm diesmaligen Programm wieder einen Aufsehen erregenden
Schlager
Auch die übrigen Sujets sind durchaus erstklassig. Speziell bringen wir in letzter Zeit Bilder, die Arbeiterkreise besonders ansprechen.
Die Direktion.

Die **Echt Elbinger Mumme** aus der **Bierbrauerei Rudolf Ulrich, Elbing** ist ein ärztlich empfohlenes Gesundheitsbier von sehr hohem Malzgehalt und niedrigen Alkoholgehalt, daher verdient es mit Recht den Namen **„Flüssiges Brot“**. 1055

Schuhwaren des Spezialschuhgeschäfts von **Geschw. Salingor** 998 ELBING, Alter Markt 27
zeichnen sich aus durch **Haltbarkeit, Billigkeit** und gute Passform. Unser Prinzip ist: „grosser Umsatz, kleiner Nutzen“ bei aufmerksamer freundlicher Bedienung.

Hausfrauen!
Deckt euren Bedarf in: Schwampulver, Leifoe Phenix, Saponin Bienda, Henschels Bleichsoda, Pfd. 10 und 13 Pfg., Djonit, Persil, Grüne Seife Pfd. 20. Pfg., Terpentinsalmiakseife, Stearin-Bleichseife, Schweger Seife, Borax-Seife, Gall-Seife, Creme-Stärke, Glanz-Stärke, Hoffmanns-Stärke, Glanzballam, Borax, Wackblau und allen anderen Artikeln zur Wäsche nur in der
Drogerie Paul Pulewka
Telephon 217. Elbing, Königsbergerstraße 84.

Bei **Ed. Michaelsons Ww.** Neufahrwasser } kauft **Schuhe und Stiefel jeder Art** am billigsten und besten. Olivaerstr. 66 } man

Eugen Hassé

Spezialgeschäft

für

Herren- u. Knaben-
Bekleidung.

Kohlenmarkt 14-16

Ecke Passage.

Telephon Nr. 1854

Saison 1913

Neuheiten in:

Codaway-Anzügen.

Abteilung:

Schwarze Konfektion.

Fertig am Lager:

Gehrock-Anzüge.

Frack-Anzüge.

Smoking-Anzüge.

Ball-Westen.



Das geschaltete
garantiert reinen
Schnupftabak
Julius Gosda, Danzig, Petrusstraße 10. Schrupf-
tabak-Fabrik, 2. Dammberg, 5. Ecke Bäcker, 5. Ferner 2428.

Empfehle meine
**feine Fleisch-
und Würstwaren**
zu billigen Tagespreisen.
Jeden Freitag warme Blut-
und Leberwürstchen.
Artur Stetzelberg
Fleischereimeister
Langfuhr, Brunsbüttelweg 22.

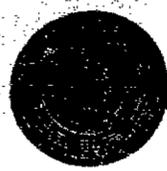
**Häute
und Felle**
aller Art
kauft zu den höchsten
Preisen, werden auch zum
Gerben angenommen.
Albert Graf,
Leber- und Fellehandlung,
Brettelgasse 7a, 2. Etage.

Empfehle ff. Margarine und
Fettwaren, sämtliche Sorten
Käse sowie **Marmelade**
und **Kunsthonig**. Speise-
kartoffel in bekannter Güte.
Verkaufsstelle „Hollando“
Schidlit, Unterstr. 2

Klagen Reklamat., Besuche
u. Schreibe, jed. Art,
auch in Ebe, Klimenten, Invali-
u. Hof-Sachen wird billig gefertigt
Große Mühlengasse 5, portiere.

Fahrräder,
Ersatzteile,
Sprechmaschinen,
Schallplatten
sowie sämtl. Reparaturen
zu billigen Preisen.
Teilzahlung gestattet.

A. Hein,
Fahrradhandlung,
Danzig, Breitgasse 115.



Großer
Reklame-Verkauf
von heute bis 30. Januar im



Harmophon-Musikhaus
Danzig, Hundegasse 13.

Harmophon-Konzert-Sprechapparat mit 10 Stücken nur 18 Mark Anzahl 4. M., Abz. wöch. 1. M.	Harmophon-Konzert-Sprechapparat mit 10 Stücken nur 28 Mark Anz. 5. M., Abz. wöch. 1. M.	Harmophon-Konzert-Sprechapparat mit 10 Stücken nur 38 Mark Anz. 5. M., Abz. wöch. 1. M.										
Harmophon-Konzert-Sprechapparat mit 10 Stücken nur 48 Mark Anz. 5. M., Abz. w. 1,50. M.	Harmophon-Konzert-Sprechapparat mit 10 Stücken nur 58 Mark Anz. 5. M., Abz. w. 1,50. M.	Platten zirka 2000 Stück früher 2 bis 3. M., jetzt nur 1,50. M.										
<table border="0"> <tr> <td>10 Stücke</td> <td>3,75. M.</td> </tr> <tr> <td>10 Stücke</td> <td>4,75. M.</td> </tr> <tr> <td>10 Stücke</td> <td>6,75. M.</td> </tr> <tr> <td>10 Stücke</td> <td>9,75. M.</td> </tr> <tr> <td>10 Stücke 30 cm</td> <td>9,75. M.</td> </tr> </table>			10 Stücke	3,75. M.	10 Stücke	4,75. M.	10 Stücke	6,75. M.	10 Stücke	9,75. M.	10 Stücke 30 cm	9,75. M.
10 Stücke	3,75. M.											
10 Stücke	4,75. M.											
10 Stücke	6,75. M.											
10 Stücke	9,75. M.											
10 Stücke 30 cm	9,75. M.											

Platten

KOHLLEN

Holz und Briketts

geben zu billigsten Tagespreisen ab.

Danziger Brotfabrik

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Koikowgasse 15.

Telephon 380.

Anisbonbon (Pfund 40 Pfg.)

Danzigs beliebtesten Hustenbonbon empfiehlt

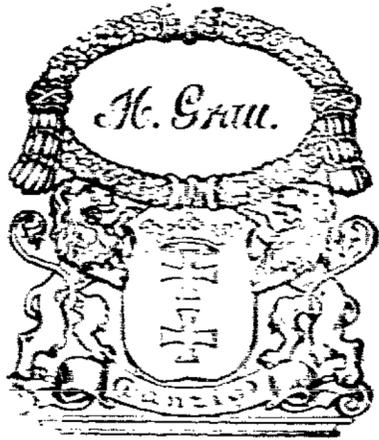
Bonbonfabrik Joh. Schulz, III. Damm 5
(Bonbonschulz).

Friseur

23 Hoppe, Schidl, Karthäuserstr. 99

Brot- u. Buchniederlage

Große Gasse 5
hält sich bei Bedarf den wertsten
Hausfrauen bestens empfohlen.



Das vornehme
Kredit-Haus

in Danzig

Nicolaus Pinda Nachf.

M. Grau

Ausstellung

von
100 Musterzimmern

4 Holzmarkt 4

Part. I, II, III, IV. Etage
Fahrstuhl nach allen Etagen.

Möbel

in jeder Stilart und Preislage.

Kompl. Wohnungseinrichtungen

von 200 bis 15000 Mark

Abzahlung von 10 Mark an.

Einzelne Schränke, Vertikos, Spiegel, Tische,
Bettstellen, Stühle, Sofas, Garnituren usw.

Abzahlung von 2 Mark an.

Damen-Konfektion

Empfehlenswerter
und moderner Stoffe.

Kostüme, Mäntel,

Ulster, Jacketts,

Röcke, Blusen,

Pelzkragen, Muffen etc.

von 3 Mark Abzahlung an.

**Herren-
Garderobe**

in moderner und
eleganter Ausführung:

Paletots, Ulster,

Jackett - Anzüge

mit gestreifter Hose,

Gehrock-Anzüge,

Knaben-Anzüge

von 3 Mk. Abzahlung an.

Teppiche

Läufer, Felle, Stepp-

decken, Tischdecken,

Chaiselonguedecken,

Tülldecken,

Gardinen,

Künstler - Gardinen,

Stores, Kleiderstoffe,

Bettbezüge usw. usw.

Beamten und Kunden ohne Anzahlung.

Beachten Sie meine
Schaufenster!

Diskrete Lieferung frei Haus.

Verlangen Sie meinen Prachtkatalog. Zusendung gratis und franko.